Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 3,50 M., durch die Post 4,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 178; der Abonnementsabteilung Nr. 1153

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Sechsundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 188. **Halle a. S., Dienstag, den 23. April.** **1912.**

Mb. Deutscher Reichstag.

38. Sitzung. Montag, den 22. April.

Die Wehr- und Deckungsvorlagen.

Am Tische des Bundesrats: d. Bethmann Hollweg, Frhr. v. Heeringen, v. Tirpitz, Kühn, Dr. Delbrück, Liseo und zahlreiche Bundesratsvertreter. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen und Logen gefüllt.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

Die verbündeten Regierungen haben Ihnen Gesetzentwürfe vorgelegt, welche eine Stärkung unserer Wehrmittel zu Wasser und zu Lande bezwecken. Die Vorlagen bereiten, wie Sie aus ihnen ersehen haben, zum Teil eine sofortige, zum Teil eine sich allmählich steigernde Vermehrung und Verbesserung unserer Kriegs- und Verteidigungsbereitschaft vor. Beide Vorlagen sind das Ergebnis eingehender Prüfungen und Arbeiten der zuständigen Ressorts. Ihr Schwerpunkt liegt in den organisatorischen Neuerungen, die sie bringen, deren Begründung im einzelnen den leitenden Staatsmännern der beiden Ressorts vorbehalten bleibt. Ich selbst will mich auf einige allgemeine Gesichtspunkte beschränken. Zunächst möchte ich hervorheben, daß wir Ihnen die Gesetzentwürfe nicht vorgelegt haben im Hinblick auf eine unmittelbar drohende Gefahr. In der augenblicklichen europäischen Situation liegt kein Grund für uns zur Beunruhigung vor.

Trotzdem würden wir gewissenlos handeln, wenn wir nicht unsere Rüstungen auf einem unseren Mitteln und unseren Kräften entsprechenden Stand erhalten und stets wieder auf ihn bringen wollten. Nun wir das nicht, dann sind alle unsere Aufwendungen für Wehrzwecke überhaupt am letzten Ende zwecklos. (Sehr richtig!) Daß dieser Gedanke immer mehr Gemeingut der Nation geworden ist, dafür zeugen die zahlreichen Stimmen, die aus dem Volke selbst gekommen sind. (Gelächter bei den Soz. Entrüstete Gegenrufe und laute Zustimmung.) Der Reichskanzler ruft mit erhobener Stimme den Sozialdemokraten zu: Die sie fordern! Diese Stimmung, meine Herren, beruht nicht auf kriegerischen Gelüsten oder auf dem Wunsche, andere zu bedrohen. Deutschland ist kriegsbereit, wenn ihm ein Krieg aufgezwungen werden sollte, Händel aber sucht es nicht. (Beifall.) Die Stimmung beruht vielmehr auf der richtigen und durchaus berechtigten Auffassung, daß eine starke Rüstung für die Erfüllung aller unserer Zwecke und Ziele nötig ist. Wir brauchen eine starke Rüstung nicht nur zur Abwehr eines möglichen Angriffs auf uns, sondern zur Wahrung unserer Stellung im Frieden, zur Sicherung unserer Wohlfahrt zu jeder Zeit. (Sehr richtig!) Meine Herren, und gerade diejenigen, die den Frieden wünschen, die für den Frieden arbeiten, die für den Frieden reden, können sich der Einsicht nicht verschließen, daß für Deutschland mit seiner kontinentalen Lage im Herzen Europas, mit seinen nach allen Seiten hin offenen Grenzen in einer starken Wehrmacht in besonderem Maße die sicherste Friedensbürgschaft geschlossen liegt.

Es geschieht ja viel, um Konfliktsmöglichkeiten zu verhindern, nicht bloß auf Friedenskongressen, sondern auch durch Abmachungen unter den Staaten und ähnliche Verabredungen. Dadurch werden die Kriegsmöglichkeiten verringert, aber ausgeschlossen werden sie nicht. Die Beziehungen der Nationen breiten sich immer weiter über den Erdball aus. Dadurch werden unzweifelhaft die Friedensberührungspunkte vermehrt; zugleich aber treten in dem Konkurrenzkampf der materiellen Interessen neue Konfliktsmöglichkeiten hervor.

Ich habe gesagt, meine Herren, zurzeit liegen Gründe für Beunruhigung nicht vor. Um so mehr bedaure ich die alarmierenden Gerüchte, die bei uns und anderswo, vielleicht in mißverstandenem Patriotismus (Sehr richtig!) in erregten Preßartikeln ausgestreut werden, um die nötigen Rüstungsmaßregeln angeblich zu fördern. Sie stören Handel und Wandel (Sehr richtig!) und sie stiften keinen Nutzen. (Sehr richtig!) Ich habe die Ueberzeugung, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß keine Regierung der Großmächte einen Krieg mit uns wünscht oder herbeizuführen sucht. (Hört! Hört!) Aber sehr häufig, meine Herren, sind die Kriege nicht von den Regierungen geplant und herbeigeführt worden. Die Völker sind vielfach durch lärmende und fanatisierte Minoritäten in Kriege hineingetrieben worden. (Sehr richtig!) Diese Gefahr besteht noch heute und vielleicht heute in noch höherem Maße als früher (Hört, hört!), nachdem die Oeffentlichkeit in der Volksstimmung, die Agitation an Gewicht und Bedeutung zugenommen haben. Wehe dem, dessen Rüstzeug dann lückenvoll wäre! Wie sich die Zukunft entwickelt, wird niemand prophezeien wollen. Als wir 1910/1911 das Quinquennat machten, hat niemand vorausgesehen, daß sich sofort an die Schlichtung öffentlich aufgetretener internationaler Differenzpunkte die Besorgnis vor akuten Verwicklungen und damit die Sorge heften würde, ob wir noch länger einen Teil unserer militärischen Kräfte unbenutzt lassen könnten.

Aber, meine Herren, nicht nur im Ausblick auf einen möglichen Krieg — sei es in naher oder ferner Zukunft — haben wir die Pflicht, stark, militärisch stark zu sein. Auch unser Ansehen und unsere Wohlfahrt im Frieden hängen davon ab. Nach unserer Wehrkraft bemißt man unseren Wert als Freunde und Bundesgenossen (Beifall), unsere Bedeutung als eventuelle Gegner, das Gewicht unseres Wortes in internationalen Fragen, die uns berühren, die Rücksichten, die andere auf unsere Interessen nehmen. Wir sehen, daß alle Völker rings um uns nach denselben Grundsätzen verfahren. Wir werden darüber in der Kommission noch weitere Mitteilungen machen. Da können wir mit unserer exponierten geographischen Lage, auf die ich bereits hinwies, mit den steigenden Bedürfnissen eines wachsenden Volkes nicht zurückstehen. Ich würde es für ein Unrecht gegenüber diesem Hause, für ein unberechtigtes Mißtrauen in die einsichtsvolle und opferwillige Vaterlandsliebe unserer Nation halten, wenn ich zur Begründung notwendiger Rüstungsmaßregeln einen nahen Krieg an die Wand malen wollte. Und auch Sie, meine Herren, werden, wie ich glaube, dem Lande einen Dienst erweisen, wenn Sie ihm das, was für seinen Schutz und seine Sicherheit notwendig ist, im Gefühl nicht erregter Befürchtungen, sondern ruhiger und ernster Entschlossenheit gewähren. (Beifall.)

Lassen Sie mich noch einige Worte über die Deckungsfrage sagen.

Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, schon so bald nach der Steuerreform von 1909 und den Lasten, die sie dem Volke auferlegt hat, mit neuen Steuerforderungen hervorzutreten. Niemand hat das klarer erkannt und hervorgehoben, als der verdienstvolle bisherige Leiter der Reichsfinanzen. (Lachen links.) Ich weiß nicht, warum das Ihre Heiterkeit erregt! (Zuruf b. d. Soz.: Wo ist er denn?!) Aber meine Herren, so wenig wir um der Hindernisse willen, die sich neuen Steuerforderungen entgegenstellen, Aufgaben unserer nationalen Wehrkraft ablehnen oder gar aufschieben könnten, ebensowenig dürfen wir von dem Grundsatze einer gesunden Finanzpolitik abweichen. (Lachen links.) Keine Armee kann ohne die Rückdeckung starker Finanzen agieren, aber eine starke Armee ist zugleich das sicherste Fundament guter Finanzen. Es wäre deshalb unverantwortlich, wollten wir den Grundsatz verlassen: Keine Ausgabe ohne Deckung, wollten wir zurückkehren zu dem System deckungsloser Ausgaben, das uns in vergangenen Jahrzehnten in so schwere Kalamitäten gebracht hat. Und ich bin überzeugt, daß auch der Reichstag die Schwere der Verantwortung fühlt, die ihm mit der Lösung oder Deckungsvorlagen auferlegt ist. (Sehr richtig! links.) Und daß er mit den verbündeten Regierungen einig in dem Willen, die Ausgaben für unumgängliche Rüstungszwecke nicht zum Ausgangspunkt eines neuen Leidensweges der Reichsfinanzen zu machen. Nun hat, meine Herren, die öffentliche Kritik dem Finanzplan, der Ihnen in der Denkschrift des Reichsschatzamtes vorliegt, vielfach den Vorwurf mangelnder Solidität gemacht. Zu Unrecht, und ich hoffe, Sie werden sich dieser Auffassung anschließen, wenn Sie die Darlegungen, die Ihnen der Herr Reichsschatzsekretär machen wird, unvoreingenommen prüfen werden. (Zuruf b. d. Soz.: Warum denn nicht Wermuth?) Ich muß zugeben, alle Zukunftsschätzungen für eine längere Zeit sind mit einer gewissen Unsicherheit behaftet, müssen mit ihr behaftet sein, selbst wenn sie noch so sorgfältig aufgestellt werden.

Die Vorlegung der Erbschaftssteuer, die von der Linken dieses hohen Hauses grundsätzlich gewünscht wird, hätte uns nach den Schätzungen einen Ertrag von etwa sechzig Millionen geliefert, gegenüber einem Ertrage von 36 Millionen, den wir von der Aufhebung der Branntweinsteuerkontingents erwarten. Kann man nun wirklich behaupten, daß eine Differenz von 25 bis 30 Millionen bei einem Milliardenstaat unsere Vorschläge von vornherein zu unsoliden Vorschlägen stempeln muß? Wer den Erörterungen der Oeffentlichkeit in den letzten Tagen gefolgt ist und aufrichtig sein will, der muß zugeben, daß die Kritik an unseren Finanzplänen nicht lediglich auf finanziellen Erwägungen beruhte. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Ein lautes Wort sprach dabei das Mißbehagen darüber mit, daß wir die Erbschaftssteuer nicht eingebracht haben. (Sehr richtig rechts und im Zentr.) Hätten wir das getan, dann wären die Berechnungen der Ueberschüsse, die Hoffnungen der zukünftigen Einnahmen richtiger und gerechter beurteilt worden, und wir würden nicht den 10. Teil der Vorwürfe zu hören bekommen haben, die jetzt gegen unsere angeblich unsolide Finanzwirtschaft erhoben worden sind. (Sehr richtig! rechts und im Zentr.) Wir haben darauf verzichtet, Ihnen die Ausdehnung der Erbschaftssteuer vorzuschlagen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß wir mit den Erträgen, die uns die Aufhebung des Kontingents bringen werden, auskommen (Lautes Lachen links.), und weil weiter die Erweiterung der Erbschaftssteuer zweifellos die Kluft zwischen den bürgerlichen Parteien vergrößert hätte. (Erneutes Lachen links.) Nun ist mir allerdings in der linksliberalen Presse in der letzten Zeit tagtäglich als unverzeihlicher Fehler vorgehalten worden, daß ich die zu positiver Mitarbeit uns weit entgegengestreckte Hand der sozialdemokratischen Fraktion zurückgewiesen hätte. (Lachen rechts.) Gibt uns diese Hand die Wehrvorlage? (Zurufe bei den Soz.: Nein!) Ich habe aus Ihrer Presse bisher dasselbe herausgefunden.

Wenn wir uns jetzt darauf verlassen hätten, daß die Vorliebe der Sozialdemokratie für Besitzsteuern sich stärker erweisen würde als ihre Abneigung gegen eine Verstärkung von Heer und Flotte, dann wäre das ein Experiment gewesen, bei dem nur ein folgenschwerer Mißerfolg der Regierung herausgekommen wäre. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Also nicht dem Einen zuliebe und dem Andern zuleide haben die verbündeten Regierungen von der Einbringung der Erbschaftssteuer abgesehen, sondern aus dem einfachen Grunde, weil sie eine Majorität für den Entwurf sich zu sichern, lediglich der Verbitterung unter den Parteien Vorschub geleistet hätte, und das obendrein in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage der Wehrhaftigkeit des Deutschen Reiches, für die eine größtmöglichste Einmütigkeit der Volksvertretung wünschenswert ist. (Beifall rechts und im Zentrum.) Ich kann deshalb, meine Herren, die Linke dieses hohen Hauses doch nur bitten, daß die vorgeschlagene Aufhebung der sogenannten Liebesgabe nicht darunter leiden möchte, daß die Erbschaftssteuer nicht auf das Tapet gebracht worden ist. (Lachen links, Zustimmung rechts.) Sie haben die Liebesgabe jahrzehntelang bekämpft. (Sehr richtig! rechts.) Sogar stärker als heute. (Sehr richtig! rechts und Heiterkeit.) Da meine ich, Sie sollten Ihren alten Grundsätzen treu bleiben (Sehr richtig! rechts, Heiterkeit) und durch Zustimmung zu dieser Maßregel die Wehrvorlagen unterstützen, die, wie ich zuversichtlich hoffe, bei allen bürgerlichen Parteien dieses hohen Hauses ein überzeugendes Entgegenkommen finden werden. So sehr Ihnen auf der Linken es auch am Herzen liegen mag, den unseligen Streit für die Erbschaftssteuer jetzt zum Austrag zu bringen, so werden Sie doch auch kein wahres Interesse des Landes, weder nach innen, noch nach außen, darin erblicken, daß die nationale Frage unserer Wehrkraft durch diesen Streit vergiftet wird.

Meine Herren! Die Genehmigung der Vorlagen, die die verbündeten Regierungen im Interesse der Wehrkraft des Deutschen Reiches für erforderlich halten, ist ein Erfordernis, das hoch über den Kämpfen der Parteien stehen sollte. Je mehr diese Kämpfe dabei ruhen, desto stärker kommt der nationale Wille zum wirkungsvollen Ausdruck.

Meine Herren! Das sind in kurzem die allgemeinen Grundsätze, von denen die verbündeten Regierungen bei diesen Vorlagen geleitet worden sind, und die in den Darlegungen der Herren Ressortchefs ihre weitere Erläuterung finden werden. Es wird nichts verlangt, was nicht zum Ausbau der Wehrorganisation des Reiches nötig wäre; kein Anfordernis an die Opferwilligkeit der Nation wird gestellt, das an das Maß dessen auch nur heranreicht, was andere Völker für diese Rüstungen ausgeben. (Sehr wahr! rechts. Widerspruch bei den Soz.) Wir können uns ja im weiteren Verlauf der Diskussion über die Ausgaben der einzelnen Völker unterhalten, aber ich sollte meinen, daß gerade der Zwischenrufer über die Statistik der einzelnen Länder genau unterrichtet wäre, um zu wissen, daß Deutschland in der Höhe seiner Wehrleistungen weit hinter den anderen Völkern zurücksteht. (Sehr richtig! rechts.) Durch die Stellung, die Sie zu den Vorlagen einnehmen, geben Sie, darum bitte ich, der Welt einen neuen Beweis für die einzigartige Opferwilligkeit und auch in Zukunft ungebrochene Vaterlandsliebe der Nation. (Lebhafter Beifall.) Neue Macht und Stärke soll dem Deutschen Reich aus dem Inhalt der Vorlagen erwachsen. Aber bevor sie noch zur Tatsache geworden sind, wird eine schnelle und möglichst einmütige Genehmigung dessen, was die verbündeten Regierungen zum Schutz und zum Wohl des Vaterlandes für unumgänglich halten, zur Erhöhung des Ansehens und der Machtstellung der Nation dienen. (Lebhafter Beifall.) Ich bin gewiß, wo etwa im Auslande die Berechnung auf Parteihader auftauchen würde, werden sie zu Schanden werden — ebenso wie sie noch immer getrogen haben seit unserer nationalen Wiedergeburt. Und ich gebe mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß meine Entschließungen über die Ihnen gemachten Vorlagen der Einheitsgedanke und die einsichtsvolle Vaterlandsliebe, die die Nation beseelen, das entscheidende Wort sprechen werden. (Lebhafter Beifall bei allen Parteien.)

Preußischer Kriegsminister v. Heeringen:

Die früheren Friedenspräsenzgesetze von 1899 ab erforderten einen allmählichen Ausbau des deutschen Heeres. Denselben Gesichtspunkt verfolgte auch noch das Gesetz vom 27. März 1911, es bewegte sich in den Bahnen, welche mein Amtsvorgänger schon 1909 in der Budgetkommission kennzeichnete: es sollten nur die allerschlimmsten Lücken in der Organisation während einer Reihe von Jahren geschlossen werden. Als die Heeresverwaltung den Entwurf seinerzeit vorlegte, betonte ich, ein solches Gesetz sei ausreichend, solange keine akuten politischen Schwierigkeiten vorliegen. Nun aber kamen die Erfahrungen des Jahres 1911. Sie zeigten uns, daß die Anforderungen, die wir in dem Gesetz erhoben hatten, auf die Dauer nicht genügen würden. Es ist Pflicht der Heeresverwaltung, im einzelnen nachzuweisen, welche Verschiebung der militärischen Lage Deutschlands in der Entwicklung begriffen ist. Lassen Sie mich diesen Nachweis in der Budgetkommission führen, denn es scheint mir zweckmäßig zu sein, wenn solche Dinge nicht vor der ganzen Welt ausgekramt werden. Die Untersuchungen ergaben, daß eine Fortsetzung unserer Entwicklung im Sinne jenes Gesetzes nicht möglich sei, daß eine alsbaldige Verstärkung des Heeres und seiner Kriegsfertigkeit unbedingte Staatsnotwendigkeit seien. Es handelt sich um keine unmäßige Verstärkung. Nach der pflichtgemäßen Ueberzeugung der Heeresverwaltung brauchen wir eine solche nicht anzustreben. Es würde auch den Friedensverhältnissen der Armee nicht förderlich sein. Das kommt auch nicht in Betracht, an Zahl allen unseren Gegnern überlegen zu sein. In Deutschland muß nach wie vor die Ueberlegenheit der Armee in der Bewaffnung, in der Organisation und der Ausbildung, ferner in dem opferwilligen militärischen Geist seiner Soldaten, sa seines ganzen Volkes, liegen. Die jetzigen Vorlagen werden dem deutschen Heere die ausreichende Verstärkung bringen, vor allen Dingen aber die Schlagfertigkeit innerlich noch mehr festigen.

Wenn für das Vaterland durch eine Verstärkung der Armee Lücken beseitigt werden sollen, so muß sie schnellstens erfolgen. Der früheste Termin dafür ist der 1. Oktober 1912. Es wird daher vorgeschlagen, die geplanten Maßnahmen, soweit irgendwie angängig, auf diesem Termin ins Leben zu rufen. Die Erfüllung des angestrebten Zweckes suchen die Gesetzentwürfe in zwei Hauptrichtungen, einmal in einer schnelleren Durchführung des Friedenspräsenzgesetzes und zweitens in einer Ergänzung derselben, weil sonst eine Verstärkung der Mannschaften erst in zwei bis drei Jahren eintreten würde. Weiter verlangen sie die Schaffung von zwei Corps. Wir sind gezwungen, unsere mobilen Friedenstruppen von vornherein vollständig zu verwenden. Solche Verbände lassen sich vor dem Feinde nicht improvisieren und wir müssen von den Corps schon in den ersten Schlachten große Leistungen verlangen. Deshalb können wir sie im Friede nicht entbehren.

Damit in Verbindung steht die Bildung einer weiteren, siebenten Armeeinspektion. Ich habe schon im Vorjahre in der Budgetkommission auf die Bedeutung dieser Armeeinspektionen hingewiesen. Sie sichern uns die gleichmäßige Ausbildung unserer Korps, vor allen Dingen geben sie uns die Führung für die Armee, die wir schon im Frieden vorbereiten müssen für die Aufgaben, welche unmittelbar nach der Kriegserklärung an uns herantreten. In Sachsen ist das Bedürfnis, ein Infanterieregiment zu formieren, um die normale Zahl von Infanterieregimentern bei jedem Armeekorps zu erreichen. Von den bei den sogenannten kleinen Kontingenten werden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120423017/fragment/page=0001

von den noch fehlenden 22 Bataillonen nur 14 gefordert. Hand in Hand damit geht die Bitte um Erhöhung des Etats einer Anzahl von Infanteriebataillonen, die einer solchen Berücksichtigung überaus dringend bedürfen, und eine Anzahl Feldbatterien. Durch diese Maßnahmen würde nicht nur die Friedensausbildung dieser Truppen ganz besonders gefördert, sondern auch ihre alsbaldige Schlagfertigkeit im Mobilmachungsfalle verstärkt. Auch eine Vermehrung unseres ausgebildeten Beurlaubtenstandes ist angebahnt. Es ist möglich, die Maschinengewehrkompagnien zu vermehren. Nachdem in anderen Ländern durch die Zuteilung dieser Waffe der Infanterie eine erhebliche Verstärkung ihrer Feuerkraft zuteil geworden ist, können wir sie ihr nicht länger vorenthalten. (Der Kriegsminister zählt die einzelnen Neuforderungen auf.) Die Vorlage enthält 26 Scheinwerferzüge, nachdem dies Material völlig ausgebildet ist, ferner auch eine Fliegertruppe, um die überraschende Entwicklung dieser Erfindung auch für das Militär völlig ausnutzen zu können.

Die Neubildungen ermöglichen uns, den Militärpflichtigen in größerem Maße als bisher die Möglichkeit zu geben, den militärischen Dienst durchzumachen. Nachdem die Nachbarstaaten uns gerade in dieser Richtung in großem Umfange vorausgegangen sind, wäre es bedenklich, wenn wir die rasch wachsende Volkszahl Deutschlands noch weiterhin so wenig ausnutzen würden wie bisher. Schließlich ist die gewünschte Verbesserung der Löhnung der Gemeinen in Aussicht genommen. Noch wichtiger ist eine Vermehrung der Stellen der Generalstabsoffiziere und Hauptleute. Unser Gesichtspunkt war dabei die Sicherung der Stellenbesetzung im Kriegsfalle. Der rasche Verlauf, den eine Mobilmachung nimmt und die Aussicht, unmittelbar nach der Mobilmachung in entscheidende Kämpfe mit dem Feind eintreten, zwingt dazu, den jetzt sehr umfangreichen, aber unvermeidbaren starken Wechsel in der Stellenbesetzung der Offiziere bei den Friedensformationen einzuschränken. Das Band zwischen Offizieren und Truppen muß gefestigt werden, und das kann nicht in einem Augenblick geschehen, wo an beide Teile die größten Anforderungen gestellt werden.

Das gegenseitige Vertrauen, das Offiziere und Mannschaften verbindet, ist die beste Bürgschaft für den Sieg. Die Erweiterung und Vertiefung unserer Friedensausbildung hat die militärische Arbeit auf allen Gebieten gesteigert. Infolge der rastlosen Hingabe des Offizierkorps, und in besonderem Umfange der unteren Offiziergrade sind die Folgen: Ueberanstrengung, Nervosität — nicht ausgeblieben. Namentlich gilt das von der Infanterie. Wir haben die Uebungen des Beurlaubtenstandes vermehren müssen, und wir können auf diesem Wege auch nicht stillstehen, wenn wir auf diesem Gebiete auch nicht so weit gehen werden wie unser westlicher Nachbar. Wir müssen also auf dem Wege einer Vermehrung des Personals fortschreiten. Das ist auch notwendig im Sinne der unbedingt erforderlichen Verjüngung des Offizierkorps. Die Zahl unserer Leutnants können wir nicht verringern, ihr Bestand deckt jetzt schon knapp den Friedensbedarf. Eine Erhöhung der Zahl der Pensionierten ist ausgeschlossen. Der einzige beschreitbare Weg ist der einer mäßigen Vermehrung der Stellen vom Hauptmann aufwärts.

Auf diesem Wege sind uns aus den gleichen Erwägungen fast alle Staaten vorangegangen, und teilweise in weiterem Umfange, als wir es eigentlich beabsichtigen. Wir können in der deutschen Armee dabei nicht zurückbleiben, dazu ist die Sache zu ernst und zu brennend. Mögen wir auch unsere Leute durch die beste Bewaffnung stärken, es gehört auch körperliche und geistige Leistungsfähigkeit dazu, um sie zu Soldaten zu erziehen. Auch das wird meiner Ueberzeugung nach zum Schutz des Vaterlandes dienen und ist unbedingt notwendig. Das sind die Hauptgesichtspunkte, unter denen die Vorlage entstanden ist, und bei der Beratung des Gesetzes vom 27. Mai v. J. ist von mehreren Stellen des Hauses der Heeresverwaltung das Vertrauen ausgesprochen worden, daß sie nicht mehr gefordert hat, als möglich war. Wir erwidern jetzt das Vertrauen. (Heiterkeit.) Wir haben das unbedingte Vertrauen zum Deutschen Reichstage, daß er in einer Frage, an der unter Umständen die Existenz Deutschlands hängt (Unruhe b. d. Soz., Sehr richtig! und Beifall rechts), das Seinige ohne Unterschied der Parteien tun wird. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Staatssekretär v. Tirpitz:

Die Mehrforderungen, die die verbündeten Regierungen der Beschlußfassung des Hauses unterbreiten, bezwecken keine Veränderung der Flottenpolitik, die durch das Flottengesetz festgelegt worden ist. Wir wollen lediglich zwei Mißstände in unserer Organisation beseitigen, die sich von Jahr zu Jahr stärker gezeigt haben, und deren Beseitigung unerläßlich geworden ist, wenn die Regierung ihre Aufgabe erfüllen will. Der eine Mißstand besteht in der Entlassung der Rekruten im Herbst, durch die auf einmal die Leistungsfähigkeit unserer gesamten Seestreitkräfte stark reduziert wird. Fast ein Drittel der Besatzung der Schiffe, und zwar die ausgebildeten Leute werden gewechselt, und durch Rekruten ersetzt, die fast ausnahmslos aus dem Lande genommen werden. Hierdurch wird die Schlagfertigkeit unserer Flotte plötzlich und für längere Zeit betroffen. Diese Schwierigkeiten sind bereits seit Jahren aus dem hohen Hause in der Budgetkommission zur Sprache gebracht worden, und wir haben auch erwogen, wie sie abzustellen seien. Vor einer erheblichen Vermehrung der aktiven Streitkräfte ist das aber nicht möglich. Mit dieser wäre eine Abhilfe gegeben. Diese Schwierigkeiten sind nichts neues und schon lär ere Zeit empfunden worden. Früher waren sie nicht so dringend, auch haben finanzielle Schwierigkeiten es verhindert, Maßnahmen dagegen zu treffen. Eine Abhilfe ist jetzt bei der Vermehrung der Flotte aber dringend geboten.

Der zweite Nachteil unserer Organisation, der sich allmählich herausgebildet hat, liegt in dem Mißverhältnis unserer sofort verwendbaren Seestreitkräfte zur Gesamtstärke unserer Flotte. Dieser Nachteil ist allmählich entstanden und hervorgegangen zum großen Teil aus den technischen Neuerungen des letzten Jahrzehnts. Ich möchte nur erinnern an die gewaltig gesteigerten Entfernungen der Geschütze und damit verbunden die Kompliziertheit des Dienstes, ferner die uns Zwanzigfache gesteigerte Entfernung, auf die die Torpedowaffe wirken kann, die Kompliziertheit der neueren Schiffe mit ihren elektrischen Einrichtungen, die Funkentelegraphie usw. Diese Neuerungen haben sofort die Handhabung der Schiffe schwieriger gemacht, vor allem aber auch die Handhabung der Schiffsverbände der Geschwader. Das hat zur Folge, daß die Reserveformationen im Falle der Mobilmachung später zur Verwendung bereit standen, als wir früher gerechnet hatten und rechnen konnten. Hierzu tritt noch ein anderer Punkt: Jede Nation wird heutigen Tages ganz mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, mit der Möglichkeit eines plötzlichen Ausbruchs des Krieges. Ich erinnere an das historische Beispiel von Port Arthur. Ist der Krieg einmal ausgebrochen, wird jede Nation sich bemühen, der anderen zuvorzukommen, und jede Nation wird mit der Möglichkeit der entscheidenden Kriegsoperationen im allerersten Teile des Krieges rechnen müssen. In diesen Erwägungen liegt die Begründung für die zwingende Notwendigkeit der sofortigen Bereitstellung eines erheblichen Teiles der Flotte. Alle Nationen haben Maßnahmen getroffen, um sofort verwendbare aktive Streitkräfte auf Kosten der Reserveformationen aufzustellen. Unsere Marine ist nach dieser Richtung besonders ungünstig gestellt. Wir haben eine unverhältnismäßige Anzahl großer Schiffe zur sofortigen Verwendung bereit, und es werden neue Schiffe gebaut, wir stellen Neubauten ein, und dabei sollen wir am Personal sparen. Sollen wir nun auf die Materialreserve verzichten, oder wollen wir, soweit es angängig ist, auf die aktiven Mannschaften der Reserveformationen für die Bildung des dritten Geschwaders zurückgreifen? Das wären die einzigen Möglichkeiten. Beide bedauere ich, sie lassen sich aber unter den gegenwärtigen Umständen nicht ändern. Wir haben früher einen großen Ersatzkreuzer zurückstellen müssen. (Ahal rechts.) Ja, auch das Heer hatte ein großes dringendes Bedürfnis im nationalen Interesse. Da habe ich Konzessionen machen müssen. Daß ich aber mit dieser Konzession eine schwere Verantwortung übernahm, ist selbstverständlich. Ich möchte aber noch einmal ausdrücklich betonen, daß die Materialreserve, auf die wir verzichten wollen, künftig wieder angefordert werden wird. Daß wir die Indienststellung unserer Reserven formell aufgeben, hatte ich für ausgeschlossen. Wir werden alle materiellen und personellen Reserven festhalten müssen, um durch Verstärkung der aktiven Streitkräfte unsere Leistungsfähigkeit durchzuführen und aufrecht zu erhalten.

Die Kosten der neuen Vorlage werden sich auf eine längere Reihe von Jahren verteilen. Sie sind verhältnismäßig nicht groß. (Zuruf links: Na, es geht!) Wenn die Herren den Zweck der Vorlage berücksichtigen, dann werden sie anerkennen müssen, daß die Kosten in den engsten Grenzen gehalten sind. Bedenken Sie doch, der Militäretat von 1917 wird sich nach diesen Vorlagen nicht höher stellen, als er eigentlich schon für 1911 sein sollte. An Unterseebooten werden wir durchschnittlich pro Jahr sechs bauen. Sie sollen eine Lebensdauer von 12 Jahren haben. Im ganzen wollen wir zu einem Status von 72 Unterseebooten kommen, von denen drei Viertel in aktiver Bereitschaft stehen sollen. Außerdem wäre es wünschenswert, vielleicht noch einige Luftschiffe für den Seedienst zu haben. Was die Luftschiffe auf See leisten können, das werden ja erst die Erprobungen zeigen müssen, dasselbe gilt von den Flugzeugen.

Alle diese Forderungen sind nicht aus politischen Erwägungen gestellt worden. Sie sind bezweckt lediglich die Abstellung von Mißständen, die sich bei der Marineausrüstung von Jahr zu Jahr gezeigt haben. Die Forderungen sind gering, wenn man sie mit den früheren Vorlagen vergleicht. Der militärische Effekt aber, der in der größeren Bereitschaft unserer Flotte seinen Ausdruck findet, ist sehr groß. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der patriotische Sinn dieses Hauses der Marinevorlage der verbündeten Regierungen die Zustimmung nicht versagen wird. (Beifall.)

Staatssekretär des Reichsschatzamts Kühn:

Die Fragen, denen wir uns jetzt zuwenden, sind von bescheidenerer Art als die vorhergegangenen. Ich kann nicht die Existenzfähigkeit des Reiches ins Feld führen und mich auch nicht auf die Instandhaltung des Heeres berufen. Und doch sind die Fragen, die ich zu erörtern habe, nicht von minderer Bedeutung.

Aus breiten Volksgruppen heraus ist die Mahnung an die Regierung ergangen, sie sollen ohne irgend welche andere Rücksicht dafür sorgen, daß die Wehrkraft des Reiches in unerreichter Achtung und Zurückhaltung gebietend vor der Welt dastehe. Der patriotische Bürger kann sich auf diesen Standpunkt stellen, der Gesetzgeber kann es nicht. Er muß in ein sorgfältiges Erwägen darüber eintreten, ob für die Machtentfaltung des Reiches die finanzielle Grundlage gegeben ist. Er muß zu diesem Zwecke sich in die Einzelfragen des Etats vertiefen, die weiteren Kreisen zumeist sich verschließen. (Abg. Erzberger (Zentr.): Sehr richtig!) Für uns ist die sorgfältige Erwägung, dieses Betrachten des Reverses der Medaille, um so notwendiger, als wir uns in früheren Jahren nicht immer als vorsichtige Geschäftsleute erwiesen haben. (Hört! Hört! und Sehr richtig! links.) Es ist oft genug hervorgehoben worden, wie wir auch die fundamentalen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit außer acht gelassen haben. (Lebhaftes Hört! Hört! und Sehr richtig! links.) Es wird als redendes Beispiel und mit Recht angeführt, daß die Matrikularbeiträge des Reiches, die 1880 mit 270 Millionen zu Buche standen, von 10 Jahren zu 10 Jahren auf 2400 Millionen und allmählich auf rund 5 Milliarden gesteigert sind. (Hört! Hört!)

Seit 1909 ist ein Wandel in der Finanzpolitik des Reiches eingetreten. Gestützt auf die günstigen Ergebnisse der damaligen großen Finanzaktion hat man zunächst etwas unsicher, dann fest und zielbewußt einen Weg betreten, der uns aus der Finanzmisere herausgebracht hat. Diesen Weg dürfen wir nicht wieder verlassen. (Sehr richtig!) Wir können ihn heute schneller, morgen langsameren Schrittes weiter verfolgen, aber stillliegen auf diesem Wege, aber einen Schritt rückwärts, das dürfen wir nicht. (Hört, Hört! und Sehr richtig!) Sie werden am heutigen Tage, wo der Schatzsekretär sozusagen seine erste Etatsrede hält, gewiß verlangen, daß er auf die künftige Gestaltung der Finanzverhältnisse im allgemeinen und auf die Möglichkeit, neue Mittel zu beschaffen, näher eingeht. In erster Beziehung ist die Antwort sehr leicht. Die Grundsätze, die wir zu befolgen haben, liegen einfach und klar vor uns. Die Finanzverwaltung und die gesetzgebenden Körperschaften mit ihr müssen sich als guter Haushalter erweisen. Die Schuldenlast des Reiches darf nicht vergrößert werden. (Zuruf links: Im Gegenteil, vermindert!) Müssen neue Anleihen aufgenommen werden — — und denen wird sich kein großes Staatswesen entziehen können — — so dürfen sie nur werbenden Zwecken dienen, aber auch in diesem Falle wird man versuchen müssen, sie in demjenigen Grenzen zu halten, daß sie noch im Rahmen der Beträge, die gesetzlich für die Schuldentilgung ausgeworfen werden, sich halten, dergestalt also, daß die absolute Schuldenhöhe nicht zunimmt.

Treten neue Anforderungen an uns heran, so dürfen sie nicht bewilligt werden, ohne daß Deckung vorhanden ist oder geschaffen werde. Müssen wir neue Mittel beschaffen, so ist dabei die äußerste Vorsicht und Zurückhaltung geboten. Neue Steuern sollen nicht unnütz und nicht auf Vorrat eingeführt werden. (Lachen links.) Die Finanzverwaltung hat mindestens ein ebenso großes Interesse an der Erhaltung und Mehrung des Vermögens der einzelnen Staatsbürger als daran, ihre eigenen Taschen zu füllen. Wohlhabenheit der Bürger ist die beste Sparkasse für den Staat in der Stunde der Not. (Sehr richtig! links.) Das Kapital hat in den Händen der Privaten eine werbendere, verkehrsbelebendere Kraft als in den Kassen des Staates. Dazu kommt, daß, wenn man, wie ich, fastzehntelang an Steuerprojekten mitgearbeitet hat, die zum großen Teil dieses Hohe Haus passiert haben, man geradezu von einer Art Steuerscheu befallen wird. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß Sie darüber zu lachen brauchen. Die Besteuerung kann, bei allem guten Willen des Gesetzgebers, unmöglich alle Einzelheiten des Verkehrs berücksichtigen, alle Härten vermeiden. (Sehr richtig! Sehr wahr! links.) Man macht die Erfahrung, daß die Besteuerung des Besitzes und in höherem Maße die des Verbrauches und des Verkehrs Unruhe in Gewerbe trägt, daß zunächst bei den von der Steuer Betroffenen Mißmut erregt wird, ja daß sogar hierdurch das Vertrauen zur Staatsleitung und die Freude am Reich verkümmert werden kann. Diese üblen Folgen vermindern sich erst, wenn eine Steuer längere Zeit bestanden hat, wenn der Prozeß der Abwälzung der allmählichen Uebertragung auf die tragfähigen Schultern vollzogen hat. Die Folgen treten besonders stark hervor, wenn unter dem Zwange der Verhältnisse die Steuerschraube mit einem kräftigen Ruck hat angezogen werden müssen, wie das im letzten Jahre geschehen ist.

Unter solchen Umständen erweist sich die tunlichste Schonung der Steuerkraft als unbedingt notwendig. Es wird meines Erachtens auf längere Zeit davon abzusehen sein, Gegenstände zu belasten, die dem Massenverbrauch dienen. Sollten solche Gegenstände trotzdem für die Gewinnung neuer Einnahmen herangezogen werden, so muß man in Zukunft neue Bahnen wandeln. Es ist in letzter Zeit mehrfach auf das Monopol hingewiesen worden. Rein theoretisch betrachtet, spricht manches dafür. Haben doch auch ungefähr vor einem Menschenalter sich einzelne Bundesstaaten aus volkswirtschaftlichen Gründen in den Besitz der Eisenbahnen gesetzt und so allmählich ein Monopol erlangt. Man könnte daran denken, daß ebenso das Reich auf andere Zweige von Produktion, Handel und Verkehr seine Hand legt und sich daraus die Einnahmen nutzbar macht. Insbesondere könnte dies da in Frage kommen, wo durch Zusammenfassung der zersplitterten Einzelheiten oder durch Ausschaltung der Zwischenglieder für die einzelnen Gewerbe Vorteile erreicht werden könnten. Aber gegenüber dem theoretischen Vorteil der Monopole wird man die taktischen Schwierigkeiten nicht außer acht lassen dürfen, das Schiffslein der Monopole zwischen den verschiedenen Klippen der zu hohen und der zu niedrigen Entschädigung der bisherigen Interessenten in den sicheren Hafen zu bringen. Auch wird Beschaffung von Monopolen eine große Vermehrung des Beamtenkörpers zur Folge haben. Das sind sehr schwierige Aufgaben und deshalb kann zurzeit eine Vorlage nach dieser Richtung hin nicht gemacht werden.

Daneben bleiben noch die Steuerpläne, die den Besitz belasten, die Steuern auf Vermögen, Einkommen und Nachlaß. Die beiden ersten entziehen sich wegen der Verhältnisse in den Bundesstaaten der Zugriffe des Reiches, während das Reich auf die Erbschaftssteuer zum Teil schon seine Hand gelegt hat. Ferner ist noch die Wehrsteuer erwähnt worden. Ich möchte nur kurz bemerken, daß sie als selbständige Steuer nicht geeignet erscheint. Erhebt man sie nach gleichmäßigen Sätzen von allen unausgehobenen Wehrpflichtigen, so bedeutet sie den Gipfel der Ungerechtigkeit. Sie muß sich also immer nach den besonderen Verhältnissen richten.

Bleibt also die Erbschaftssteuer, oder das, was man in neuerer Zeit unter der Erbschaftssteuer versteht, die Belastung des Erbes der Abkömmlinge und Ehegatten. Die Erbschaftssteuer spielt im heutigen Parteiwesen eine eigentümliche Rolle, sie ist geradezu das Schiboleth der politischen Parteien geworden. Man erlebt es, daß heute große Gruppen des deutschen Volkes, desjenigen Volkes, welches sich vor allen anderen Völkern durch seine große Abneigung gegen das Steuerzahlen auszeichnet (Oho! links.), diese neue Steuer fordern. Eine ruhige Erwägung wird zeigen, daß die Erbschaftssteuer drückend ist wie andere Steuern auch, daß sie wie für andere große Kulturstaaten, auch für Deutschland eines Tages kommen wird, daß sie aber heute nicht kommen kann. (Zuruf links: Warum denn nicht?) Ich bitte, mich ruhig anzuhören. Es ist das eine Frage von einschneidender, den Nerv unserer Finanzgebahrung berührender Bedeutung, daß hier ein Personenwechsel ohne Bedeutung sein muß.

Ich habe seinerzeit einen Entwurf über die Ausdehnung der Erbschaftssteuer ausgearbeitet, der allerdings nicht das Licht des Reichstages erblickt hat. Ich kann also nicht als grundsätzlicher Gegner der Erbschaftssteuer sein. Die verbündeten Regierungen haben im Jahre 1909 dem Reichstage zweimal eine solche Steuer unterbreitet. (Zurufe: 1906) — Ich spreche jetzt nur von 1909, 1906 handelte es sich um etwas anderes. Welcher große Wert von allen Bundesstaaten auf die Annahme dieser Steuer gelegt wurde, ergibt sich daraus, daß außer dem Reichsschatzsekretär und dem preußischen Finanzminister auch die einzelstaatlichen Minister deswegen in Berlin anwesend waren. Wie können da die verbündeten Regierungen etwa grundsätzliche Gegner der Erbschaftssteuer sein! Aber im gegenwärtigen Moment können wir Ihnen eine solche Steuervorlage nicht machen, einmal deshalb, weil wir in letzter Lesung die Steuer vermutlich doch nicht bewilligt bekommen würden (Zuruf links), dann aber auch, weil eine so große, das ganze Volk erregende Maßnahme nur getroffen werden kann, wenn ihr eine große Aufgabe gegenübersteht, die ohne den Ertrag der Steuer nicht verwirklicht werden kann. Augenblicklich brauchen wir nur eine mäßige Deckung, diese aber muß uns bewilligt werden, und sie muß uns möglichst einmütig bewilligt werden, damit wir nicht wieder dem spottenden Auslande das Bild der inneren Zerrissenheit bieten. (Lachen links.)

Bei dieser Beschränktheit neuer Steuermöglichkeiten kann es nicht wundernehmen, wenn die Regierung bei dem Suchen nach einer Einnahmequelle auf die Beseitigung vorliegender Mißstände gekommen ist. Es handelt sich nicht um eine neue Belastung des Verbrauchs, sondern um die Beseitigung einer Belastung des Staates, die früher notwendig sein konnte, die aber gegenwärtig nicht mehr für erforderlich gehalten wird. Das Kontingent hat in der Entwicklung des Brennereigewerbes eine ungemein große Rolle gespielt, sie spielt aber heute diese Rolle nicht mehr. Es ist ursprünglich dem Gewerbe in hohem Maße förderlich gewesen, aber es hat das Schicksal aller derartiger Maßnahmen getroffen. Es ist insbesondere für den Zweck, für den es ursprünglich bestimmt war, nämlich den Schutz der Kleinen gegenüber den Großen, mehr und mehr ungeeignet geworden. Schon 1895 hat man darauf hingewiesen, daß eine Staffelung diesen Uebelständen abzuhelfen. 1909 kam dann die Monopolvorlage, die aber abgelehnt wurde. Wenn man nun sieht, wie das Kontingent als eine ungerechtfertigte Begünstigung bezeichnet wird, deren Beseitigung schon lange Jahre verlangt wird, und wenn man einsieht, daß diese Frage nicht mehr die Bedeutung hat wie früher, so wird man sich zu der Beseitigung um so lieber entschließen, weil damit zugleich ein Moment des Aergernisses aus der Welt geschafft wird. Den Reservatrechten der süddeutschen Staaten läßt sich dabei Rechnung tragen. Im übrigen sollte unsere Branntweinsteuergesetzgebung, die wir seit einem Vierteljahrhundert verfolgen, einen notwendigen Schutz für unsere Landwirtschaft bilden, und sie hat diesen Erfolg gehabt.

Wir dürfen der Landwirtschaft wohl den Verzicht auf die Leistungen des Staates zumuten, wir dürfen sie aber nicht dauernd schädigen. Das wäre am wenigsten hier am Platze, wo wir seinen Ertrag zur Hand haben. Der Entwurf, der Ihnen hier vorliegt, beschränkt sich darauf, das Kontingent außerhalb der Reservatstaaten zu beseitigen, innerhalb der Reservatstaaten zu modifizieren. Weiter ist er bestrebt, die Härten, die sich für die kleinen und mittleren Betriebe ergeben könnten, zu beseitigen. Da das Kontingent auch in anderer Beziehung von Einfluß war, so mußten auch andere Bestimmungen geändert werden. Insbesondere will der § 15 gewissen Uebelständen abhelfen, die im Brennereigewerbe in neuerer Zeit in die Erscheinung getreten sind. Er will verhindern, daß Methylalkohol dem zum menschlichen Genusse bestimmten Branntwein zugesetzt wird. Das wird wohl Ihrer aller Beifall finden. Es wäre dann noch das dankenswerte Verhalten der Bundesstaaten zu erwähnen, die, um dem Reiche den Vorteil zukommen zu lassen, auf den ihnen bisher zufließenden Anteil des Ertrags der Branntweinsteuer verzichtet haben.

Man sagt, der Preis des Spiritus würde teurer werden, das Reich würde nicht viel von der Vorlage haben. Ich stehe diesen Einwendungen kühl (Abg. Westarp (Kons.): Kühn!) gegenüber. Ich trage meinen Namen länger als 60 Jahre. Sie können sich also wohl denken, daß mir alle Variationen und Wortspiele darüber bekannt sind. (Heiterkeit.) Die Möglichkeit einer unangemessenen Erhöhung des Spirituspreises ist sehr beschränkt. Das Syndikat hat ein sehr lebhaftes Interesse an der Haltung und Hebung des Absatzes, der wiederum vom Preise abhängt. Man wird den Preis nur so weit steigern, als die Produktionskosten es erfordern. Das anerkannt sehr geschickt geleitete Spiritussyndikat wird sich diesen Erwägungen für die Zukunft sicher nicht verschließen. Sollte der Preis sich dauernd erhöhen, oder sollte aus irgend einem anderen Grunde — die gibt es nämlich auch — eine Abnahme des Branntweinkonsums eintreten, dann muß ich auf die Gefahr hin,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120423017/fragment/page=0002

für einen finanzwirtschaftlichen Ketzer erklärt zu werden, gestehen, daß ich in dieser Abnahme des Konsums einen sogroßen Vorteil für die Volkskraft und Volksgesundheit, einen so hohen Gewinn an ethischen Werten erblicken würde (Lebhafte Zustimmung links), daß das alle finanziellen Erwägungen überwiegen würde. (Erneuter lebhafter Beifall links.)

Einstweilen aber ist diese — nennen Sie es Sorge, oder nennen Sie es Hoffnung — noch unbegründet. Die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß der Branntweinkonsum, abgesehen von einigen Rückschlägen, wächst. Das Reich wird also aus der Vorlage Gewinn erwarten können.

Wie wir uns die Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben denken, ersehen Sie aus der Denkschrift. Einen 1911er Jahrgang wird die Verwaltung nicht so bald wieder bekommen. Bei unserer Aufstellung haben wir alle besonderen Umstände in Abzug gebracht. Unseren guten Grundsätzen über die Schuldentilgung bleiben wir treu. Wir werden auch den schweren Ausfall überwinden können, der uns aus der Ermäßigung der Zuckersteuer und der Grundstücksteuer von 1914 an droht. Den Ueberschuß von 1911 haben wir sehr gering auf 280 Millionen berechnet. Reservieren wir davon etwa 100 für diejenigen Zwecke, die zur Schuldentilgung in weiterem Sinne des Wortes gehören, so lassen sich auch die Etats der nächsten Jahre balancieren. Ich weiß, daß die Verwendung solcher unerhofften Mehreinnahmen in einem Aufsatz von sachkundiger Seite behandelt worden ist, der in der „Deutschen Rundschau" erschienen ist. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Es liegt mir nichts ferner, als gegen den Verfasser dieses Aufsatzes zu polemisieren, nicht bloß wegen des Treuverhältnisses, in dem ich zu ihm bis in die letzte Zeit gestanden habe, sondern auch deshalb, weil ich mich letzten Endes mit ihm in jeder Beziehung eins weiß. (Hört, hört!) Er hat gerade in dieser Stunde so beherzigenswerte goldene Worte in die Welt hinausgehen lassen, weil er sich noch nach seinem Scheiden aus dem Amte dieses Amtes annimmt. (Ruf b. Soz.: Gott, wie rührend!) Der Standpunkt, der in diesem Aufsatz vertreten wird, ist auch der der verbündeten Regierungen.

Der Grundsatz, die Schulden des Reiches nicht weiter anschwellen zu lassen, sondern nach Möglichkeit zu verringern, wird durch die Vorlage nicht verletzt. Ich möchte aber dringend davor warnen, aus meinen Ausführungen den Schluß zu ziehen, daß unsere Finanzlage glänzend sei und weiter Ausgaben gestatte. Lachen b. d. Soz.) Prophezeien kann man natürlich schwer, aber doch kann man sagen, daß keine Anzeichen dafür vorliegen, unsere wirtschaftliche Entwicklung stehe vor einer Aenderung. Es liegt in der Natur der Sache, daß eine solche Entwicklung auf- und abwogt, und welche verhängnisvollen Folgen ein Umschwung der Konjunktur haben kann, dafür ist ein Beweis das Defizit von 1908. Der Staatsregierung wird es natürlich recht erschwert die Ausgaben in dem richtigen Rahmen zu halten. Auch mit der Sparsamkeit ist nicht viel getan. Nach einer längeren Zeit glaubt eine jede Verwaltung, daraus das Recht auf erhöhte Forderungen zu ziehen. Selbst beim Reichstage haben wie dieser Erfahrung begegnen müssen. Eine wirkliche Sanierung unserer Finanzen kann erst dann eintreten, wenn auch die Ausgaben des Extraordinariums aus laufenden Mitteln entnommen werden. Bei der vorgeschlagenen Regelung wird das allerdings noch einige Jahre hinausgeschoben werden.

Erleichtert wird es uns aber, daß vom nächsten Jahre ab die Höhe der erforderlichen Anleihen diese Einnahmen nicht übersteigen werden und daß von 1914 ab alljährlich die zur Schuldentilgung erforderlichen Beträge ihrem eigentlichen Zweck auch zugeführt werden können. Immerhin ersehen Sie, daß wir noch recht viel auf dem Gebiet der Schuldentilgung zu tun haben. Die Finanzverwaltung hat sich mit einer nur kargen Deckung von 30 bis 40 Millionen begnügt, aber wir lehnen den Vorwurf ab, daß wir die Finanzkrage im dunklen gelassen haben. Wir hoffen, in der vorgeschlagenen Weise, allerdings auch nur in der vorgeschlagenen Weise, Deckung für die Ausgaben zu schaffen. Wir wissen, daß wir mit den Anforderungen an unsere Finanzen bis auf die äußerste untere Grenze herabgegangen sind. Wir haben das mit vollem Bewußtsein getan, weil wir die Steuerkraft des Volkes schonen wollten, nicht bloß, wie einige der Herren zu meinen scheinen, in bezug auf die Erbschaftssteuer, sondern in bezug auf die Steuern schlechtweg. Wir halten es für nötig, aus finanzwirtschaftlichen und politischen Gründen: es muß eine Reserve da sein. Meine Herren, eine Nation, die wie die unsrige unausgesetzt auf die Gefahr eines Angriffskrieges gerüstet sein muß, muß ihr Pulver trocken und ihre Einnahmequellen flüssig erhalten. (Beifall b. d. bürgerlichen Parteien.)

Abg. Haase (Soz.):

Der Reichstag soll auf fünf Jahre gebunden werden. Aber die Regierung will freie Hand behalten. Wir sind durchaus nicht sicher, daß wir bis 1917 mit Mehrforderungen verschont werden. Das Gegenteil ist wahrscheinlich. Auch bei der letzten Heeresvorlage von 1911 versicherte der Kriegsminister, daß nun für die Heeresverwaltung alles erreicht sei. Heute klingt es ganz anders. Welchem Kriegsminister soll das Volk nun glauben: dem Herrn v. Heeringen von 1911 oder dem von heute? (Zuruf b. d. Soz.: Gar keinem!) Frankreich hat nur Verschiebungen in seiner Armee vorgenommen, keine Vermehrung. Es ist überhaupt nicht richtig, daß Frankreich uns militärisch überlegen sei. Außerdem wird die Beruhigung Marokkos Frankreich so viel zu schaffen machen, daß uns von dort keine Gefahr drohen kann. Dazu kommt noch der Rückgang oder Stillstand in der Bevölkerung Frankreichs. Frankreich denkt nicht im entferntesten an einen Angriff auf Deutschland. Einige nationalistische Schreier da drüben können das Gegenteil nicht beweisen. Wozu deshalb nach kaum Jahresfrist eine neue Heeresvorlage? Wir haben auch heute darüber nichts gehört. Redensarten, nichts als Redensarten! (Sehr gut! b. d. Soz.)

Die Rede des Reichskanzlers hielt sich an ein altes sehr bekanntes Cliché: an die Reden unserer Oberlehrer bei den Sedanfeiern in der Schule. (Heiterkeit b. Soz. Unruhe rechts.) Auch nicht ein einziger Gedanke zur Begründung einer Heeresverstärkung war darin enthalten. (Sehr wahr! bei den Soz.) So kann jede Vorlage jeden Tag begründet werden. Verwunderlich ist nur, daß die Regierung nicht das Doppelte oder Dreifache gefordert hat. Die Begründung hätte nicht anders zu sein brauchen! (Heiterkeit bei den Soz.) Wir denken nicht daran, unser Volk wehrlos zu machen. Aber allen Eroberungsgelüsten treten wir entgegen. (Zuruf rechts! Wer will das?) Lesen Sie Ihre Presse. Wir halten zur Verteidigung eine demokratisch organisierte Volkswehr für am besten geeignet. (Lachen rechts.) Die Schweizer Miliz wird von der ganzen Welt bewundert. Der Kaiser reist ja in diesem Jahr nach der Schweiz. Er kann sich dort von der Tüchtigkeit der Miliz überzeugen. Aber man will ja das Heer auch gegen den inneren Feind verwenden, und dazu taugt allerdings eine Miliz nicht. (Zuruf rechts: Unsinn!) Wie wenig das Unsinn ist, haben erst jetzt wieder die Vorkommnisse im Ruhrrevier bewiesen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Arbeiter handeln selbstmörderisch, wenn sie diesem System auch nur einen Mann oder Groschen bewilligen. (Beifall b. d. Soz.)

Das Ende der fortgesetzten Rüstungen, die die Kriegsgefahr nicht dämpfen, sondern erhöhen, wird ein Ende mit Schrecken sein. Deutschland ist stark genug, als daß ihm die Anregung zu einer Einschränkung der Rüstungen als Schmähe ausgelegt werden könnte. Der Kanzler sagte, keine Regierung wolle einen Krieg. Nun, dann mögen sie sich doch verständigen und es den Parlamenten überlassen, ob sie einen Krieg wagen. (Sehr gut! links.) Kein Parlament wird eine solche Verantwortung übernehmen. Aber, so sagte der Kanzler, die Völker würden von fanatisierten Minderheiten leicht in einen Krieg hineingetrieben. Er mag sich beruhigen: die 4¼ Millionen Sozialdemokraten lassen sich von diesen Minderheiten nicht fanatisieren. Im übrigen stehen die Kriegshetzer im Flotten- und Wehrverein dem Reichskanzler politisch sehr nahe, ja diese Vorlagen beweisen, daß der Kanzler sich von ihnen hat ins Schlepptau nehmen lassen. (Unruhe.) Zur Linken gewendet sagte Herr v. Bethmann, die Militärlasten, die das Ausland trägt, seien, pro Kopf berechnet, viel höher als bei uns. Diese Berechnung ist irreführend, denn es kommt nur darauf an, wer im Ausland die Kosten wirklich zahlt. Wenn England mit einer starken Einkommen- und Erbschaftssteuer die Reichen heranzieht, dann kann es dem englischen Arbeiter gleich sein, was theoretisch auf ihn entfällt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Jetzt meldet sich auch der Luftmilitarismus, und der Klingelbeutel geht rum: auch der Aermste darf zahlen, auch der Jude und Heide — alles wird genommen. (Heiterkeit links.) Aber selbst zahlen, davon wollen die begüterten Patrioten nichts wissen. Zu diesem Bild paßt treffend, daß die Regierung die Erbschaftssteuer nicht eingebracht hat aus Angst darüber, seine „wahren Patrioten" würde sie ihnen vor die Füße werfen. Die Fortschrittliche Volkspartei wird die Vorlage ja nach einigen Sträuben schlucken. Ein Eugen Richter hätte sie mit ätzender Schärfe bekämpft. In der fortschrittlichen „Bresl. Morgenztg." hat ein militärischer Fachmann, der Oberstleutnant Graf Wartenberg, diese Vorlage bekämpft: Die Fortschrittliche Reichstagsfraktion wird nicht auf ihn hören. Die in Aussicht gestellte Erhöhung der Mannschaftslöhne kann den Soldaten gar nichts nützen, sie wollen etwas Greifbares haben. Auf Ministerversprechungen geben wir gar nichts mehr. Und dann ist es doch immerhin möglich, daß wir im nächsten Jahre einen anderen Kanzler und auch einen neuen Schatzsekretär haben, denn wir haben einen starken Minsterverbrauch. (Heiterkeit links.)

Die neuen Herren aber werden sich an die Versprechungen nicht gebunden halten. Mit Recht hat das Wort des Kanzlers von dem bisherigen verdienstvollen Leiter des Reichsschatzamts allgemeines Gelächter gefunden. Dieser Mann mit den glänzenden Kenntnissen ist einfach abgesägt worden, ist sang- und klanglos verschwunden. Freilich hat er sich jetzt gemeldet und vertritt seine Anschauungen publizistisch, die sich aber keineswegs mit denen des Kanzlers decken. Wenn die Finanzlage wirklich so rosig ist, warum wird dann die Zündholzsteuer nicht beseitigt? Aber die Regierung glaubt ja selbst nicht, daß sie mit der Beseitigung der Liebesgabe auskommen wird. Neue Steuern werden notwendig sein. Deshalb darf die Vorlage nicht übers Knie gebrochen werden. Die Erledigung vor Pfingsten ist ausgeschlossen. Der Reichstag ist keine nachgeordnete Behörde des Kanzlers, er befindet sich in keiner gottgewollten Abhängigkeit von ihm. (Heiterkeit.) Für die eingehende Beratung der Deckungsfrage muß Zeit gewonnen werden. Wir werden jedenfalls keine Steuern auf Vorschuß bewilligen, gegen alle Kriegstreibereien machtvoll demonstrieren und die Politik der Gewalt ersetzen durch eine Politik der friedlichen Entwicklung und der Völkerverbrüderung. (Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.):

Die dauernden neuen Belastungen stellen außerordentlich hohe Anforderungen an das Volk. Darum müssen wir sorgsam prüfen, ob diese neuen Vorlagen ein wirkliches Bedürfnis sind. Wir erwarten weitere Aufklärungen in der Kommission. Wenn auch unmittelbar kein Krieg droht und vielleicht auch in Zukunft nicht, so müssen wir trotzdem unser Heer auf der Höhe halten. Mit Zahlenbilanzen allein aber ist es nicht getan. Auch die schwarzen Truppen Frankreichs kommen gar nicht in Betracht. Rasche Mobilmachung ist jetzt alles. Jeder Angriff muß sofort erwidert werden. Es gibt jetzt keine Fristen mehr zwischen Kriegserklärung und Angriff. Wir würden 1800 Millionen jährlich nutzlos hinauswerfen, wenn wir nicht im Falle des Angriffs vollständig schlagfertig sein würden. Unsere Nachbarn auf beiden Seiten haben ihre Kampforganisationen ausgebaut. Wir müssen daher unsere Pflicht vernachlässigen, wenn wir nicht das Notwendige bewilligen würden. Wir müssen auch so gerüstet sein, daß andere Staaten nicht die Neigung verspüren, mit uns anzubinden. Sie dürfen keine Aussicht auf Erfolg haben.

Unsere Finanzen haben sich erheblich gebessert. Darum ist der Kriegsminister erst jetzt und nicht schon im vorigen Jahre, mit seinen Forderungen hervorgetreten. Wir verlangen aber, daß die Mannschaften schon vom 1. Oktober 1912 die Erhöhung der Löhnung erhalten. Im übrigen ist der ganze Reichstag einig: Was zur Verteidigung des Vaterlandes notwendig ist, das wird bewilligt. Das müssen auch die Sozialdemokraten bewilligen. Auch sie werden im Falle eines Angriffskrieges gegen den Feind marschieren. Bei den beiden neuen Armeekorps handelt es sich nur um annehmen oder ablehnen. In Einzelheiten abändern, das geht da nicht. Wenn wir hier schwere Opfer für das Heer bringen, wenn wir unsere Kinder in seine Reihen schicken, dann verlangen wir aber auch, daß die religiösen Gefühle der einzelnen geachtet werden. Auch beim Heer müssen die zehn Gebote Gottes befolgt werden. (Beifall i. Zentr.) Das ist aber nicht der Fall, wenn die Duellerlasse nicht beachtet werden. (Erneuter Beifall i. Zentr.) Hier haben die obersten Stellen die Pflicht, endlich einzugreifen. Das können wir verlangen. (Beifall i. Zentr.) Man darf den religiösen Geist im Heere nicht ersticken. Auch die Mißhandlungen von Soldaten müssen aufhören. Es darf nicht vergessen werden, daß der Mensch nach dem Bilde Gottes geschaffen ist. (Beifall i. Zentr.)

Es ist richtig, daß unsere Reservegeschwader bei einem Angriffskrieg jetzt viel zu spät kommen würden. Die neue Regelung ist daher notwendig. Die Luftschiffahrt! Ich hätte gern vom Kriegsminister gehört, welches System er eigentlich für praktisch hält.

Die Deckung! Wir sind Gegner der Erbschaftssteuer. Der Schatzsekretär darf da auch nicht für die Zukunft hoffen. Denn wir sind nicht Gegner aus Opportunitätsgründen, sondern aus Gründen der Ueberzeugung. (Lautes Gelächter links.) Wie kann man sagen: Ohne die Erbschaftssteuer ist nichts zu machen! Wir brauchen die Erbschaftssteuer nicht! (Zuruf links: Sie soll an Stelle von Konsumsteuern treten!) Direkte Steuern gehören den Einzelstaaten. Der Ueberschuß von 1911 ist unerwartet hoch. Er muß auch zum Teil zur Schuldentilgung verwendet werden. Bei dem wachsenden Konsum, bei der wachsenden Steuerkraft können wir auf weitere hohe Einnahmen rechnen. Da es sich um fünf Jahre handelt, werden Ausfälle eines Jahres durch Mehreinnahmen eines anderen gedeckt werden. Die Angriffe gegen die Spirituszentrale sind unberechtigt. Sie ist jetzt fest gefügt und hängt nicht mehr von der Liebesgabe ab. Die Deckungsfrage wird in der Kommission eingehend erörtert werden müssen. Den Wunsch aber gebe ich den Vorlagen schon jetzt mit auf den Weg: Sie mögen dem Wohle des Volkes dienen! (Beifall.)

Abg. Herzog (Wirtsch. Vgg.):

Es ist ein einfaches Gebot der Vaterlandsliebe und der Pflicht gegenüber dem Reiche, dem alle Schichten des Volkes so viel verdanken, die bestehenden Lücken in unseren Rüstungen auszufüllen. Ob das Ziel erreicht wird, wissen wir nicht. Entweder man hat Vertrauen zur Regierung oder nicht, wir haben Vertrauen. Nur einige leise Bedenken haben wir, besonders gegen die Formation der Marine. Bei der Deckungsfrage hätte man einige neue Steuern heranziehen können, die von bestimmten Kreisen zu tragen wären. Da ist z. B. auch die Wehrsteuer. Und haben nicht noch die Nationalliberalen ihre Dividenden-steuer im Schrank? Die trifft auch keine Unbemittelten. Vielleicht kann man sie noch nebenbei einführen, um soziale Fortschritte zu erreichen, z. B. die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre. Wir erwarten einmütige Beschlüsse in der Kommission. Unsere Wehrmacht muß achtunggebietend sein. Wäre es nicht so, so wäre das zum Schaden der ganzen zivilisierten Welt. Da wäre der Weltfriede in Gefahr. (Beifall.)

Weiterberatung: Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung, Montag, 22. April, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Der Kultusetat.

Die allgemeine Besprechung über das Kapitel Höhere Lehranstalten wird fortgesetzt. Hierzu verlangt ein Antrag Eichhoff (Vp.) Beredigung der Kandidaten des höheren Schulamtes schon zu Beginn des staatlichen Vorbereitungsdienstes, ein Antrag Engelbrecht (Freikons.) die Einführung des gemeinsamen Unterbaues der höheren Schulen und ein Antrag Ernst (Vp.) allmähliche Abschaffung der Vorschulen an staatlichen Lehranstalten.

Abg. Graf Carmer-Zieserwitz (Kons.)

tritt für das humanistische Gymnasium ein, dessen Herzstück, das Griechische, nicht ausgemerzt werden darf. Auf dem humanistischen Gymnasium beruhe zum guten Teile die Blüte des deutschen Volkes. (Sehr richtig! rechts.) Der Ministerialerlaß über das Extemporale sei zu begrüßen, habe aber auch einiges Bedenkliche. Für die Eltern fehle ein wertvoller Anhalt, und von selbst entstehe der irrige Glaube an die Willkür der Lehrer. Spreche man aber nicht immer von Nervosität. Diese habe ihren Grund sehr viel mehr außerhalb der Schule. Durch unsere Zeit gehe leider ein sentimentaler, man möchte sagen, weibischer Zug. Die Schonung der Schüler werde auf Kosten der Leistungen in den Vordergrund gestellt. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Dr. Heß (Zentr.)

erklärt namens des größeren Teiles seiner Freunde an dem Extemporale-Erlaß Kritik üben zu müssen, wenn er sich auch nicht schmeichle, Besserung zu erreichen. Das Leben erfordere ganze Arbeit. Dazu bereite das Extemporale ausgezeichnet vor. Der Erlaß passe eigentlich gar nicht zur Persönlichkeit des Ministers, wenn man an seine ausgezeichnete Rede über die Jugendpflege denke. Die Jugend müsse zu möglichst straffer Arbeit erzogen werden. Der Erlaß bedeute indirekt ein Geschenk an die besser situierten Kreise. Man will die Anforderungen herabsetzen im Interesse von Sport und Körperpflege. Man weist auf England. Wir sind ohne Sport groß geworden und die Engländer sind die nervösesten Leute der Welt. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Mein Erlaß über das Extemporale wird jetzt günstiger beurteilt, als zu Anfang. Zuerst war heller Jubel, weil nun das böse Extemporale beseitigt sei. Dann wurde der Erlaß einer herben Kritik unterworfen. Beides ist unrichtig. Die Anforderungen sind durch diesen Erlaß keineswegs herabgesetzt, auch sind die Klassenarbeiten nicht beseitigt. Wenn man beim Suchen nach den Motiven für den Erlaß sogar auf nervöse Mütter zurückgreift, so brauche ich darauf nicht zu antworten. Nicht überall, aber in weiten Teilen waren Mißstände vorhanden. Man klagte allgemein über den Mißbrauch des Extemporale und deshalb war es die allerbeste Zeit, von Aufsichts wegen Direktiven zu geben. Eine richtige Pädagogik ist es, die Schüler nicht vor Aufgaben zu stellen, denen sie nicht gewachsen sind. Die Arbeiten sollen nicht leicht sein, aber sie sollen der Leistungsfähigkeit des Schülers entsprechen. Dieselben Anforderungen wie bisher sollen auf einem besseren Wege erreicht werden. Ich bin auch der Ansicht, daß wir unsere Schüler streng heranziehen müssen. Die strenge Zucht, die durch Verwaltung und Armee geht, hat auch durch unserer höheren Schulen bemächtigt, und es soll so bleiben. Es muß noch etwas anderes hinzukommen: Liebe und Vertrauen. Der Lehrer, der in Gerechtigkeit stramme Zucht zu halten weiß, der aber auch seinen Schülern Liebe und Vertrauen entgegenbringt und Liebe und Vertrauen bei seinen Schülern erwirkt, das ist der Erzieher unseres Volkes, den ich mir wünsche. Auch die wissenschaftliche Ausbildung der Oberlehrer muß gepflegt werden. Wir haben den Lehrerstand äußerlich gehoben, im letzten Ende nicht der Lehrer wegen, sondern im Interesse unserer Jugend, um für sie die besten Kräfte als Erzieher zu gewinnen. Das berechtigt uns jetzt auch, die Anforderungen an die Lehrerschaft nicht etwa herabzumindern, sondern eher zu steigern. Wenn nun die Unterrichtsverwaltung bei der Auswahl des Nachwuchses strenge Anforderungen stellt, so hebt das den Stand, worauf ja die Lehrerschaft ganz besonders bedacht ist. Sie darin zu unterstützen, werde ich jederzeit bereit sein. (Beifall.)

Abg. Dr. Hintzmann (Natl.):

Den Anschauungen des Vorredners stehe ich diametral gegenüber. Die Wurzeln unserer Kraft liegen darin, daß wir unsere Jugend zu Liebe gegen Heimat und Vaterland erziehen. Im übrigen hat der Vorredner manches vorgetragen, das ich glaube schon vor längerer Zeit gelesen zu haben. (Heiterkeit und Zustimmung.) Jedem das Seine! gelte auch für die drei höheren Schularten. Wir wollen das Gymnasium erhalten wissen; nicht hier ist einer der Wege zu Willenskraft, Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit. Die Kritik hat von dem Gedanken auszugehen, daß dem höheren Schulwesen ruhige Entwicklung nottut. Die Gleichberechtigung der drei Schularten hat noch immer gegen Widerstacher anzukämpfen. Dürfen wir sicher sein, daß der Minister die Gleichberechtigung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln aufrecht erhält? Der Zudrang zur Oberlehrerkarriere ist ganz außerordentlich stark, wie die bemerkenswerte Zusammenstellung des Ministers beweist. Wir wünschen, daß diese Statistik fortgesetzt und ausgedehnt werde. Freilich ist es sehr schwierig, diesen Andrang zu begegnen. Ein numerus clausus ist auf diesem Gebiet nicht möglich; aber es muß auf Mittel und Wege gesonnen werden, dem Uebel entgegenzutreten. Die Eltern müssen aufgeklärt werden über die Aussichten in den verschiedenen Berufen. Daher sollte der Justizminister der Unterrichtsverwaltung mit statistischem Material an die Hand gehen. Der Berufsberatung in größtem Umfange wird sich die Unterrichtsverwaltung nicht entziehen können.

Ein Schlußantrag wird angenommen, ebenso der Antrag Eichhoff (Vp.) wegen der früheren Vereidigung der Schulamtskandidaten. Der Antrag Engelbrecht (Fr.) wegen Einführung des gemeinsamen Unterbaues der höheren Schulen geht an die Unterrichtskommission.

Beim Titel „Zuschüsse für die vom Staate zu unterhaltenden Anstalten" begründet

Abg. Ernst (Vp.)

seinen Antrag auf allmähliche Aufhebung der Vorschulen und organische Verbindung der Lehrpläne der Volksschule und der höheren Lehranstalten. In der sozialen Frage komme man nur weiter, wenn man die Stände in der Bildung einander nahe bringe. 4¼ Millionen sozialdemokratischer Stimmen reden eine deutliche Sprache.

Geheimrat Schöppa wendet sich gegen den Antrag.

Das Haus vertagt sich.

Dienstag, 11 Uhr: Etat der Staatsschuldenverwaltung, Fortsetzung und Sparkassengesetz.

Schluß nach 4¾ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120423017/fragment/page=0003

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 23. April

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 22. April.

Am Vorstandstisch die Herren Geheimrat Professor Schmidt-Rimpler und Kaufmann Probst.

Eingegangen ist eine Einladung des Thüringisch-Sächsischen Geschichtsvereins zu seiner Hauptversammlung am 6. Mai. Ferner ein Protest gegen die Verwendung der Sparkassenüberschüsse, der erst nach Schluß der Verhandlungen am letzten Montag eingegangen ist und verlangt, daß die Mittel im wesentlichen nicht bloß für den Norden, sondern in gleicher Weise für den Norden und den Süden verwendet werden. Die Sache wird für erledigt erklärt mit dem Bemerken, der Einsender hätte sich früher regen sollen.

Eine Petition um baldige Durchführung der Wolfstraße und Beseitigung des dortigen Zaunes geht an den Bauausschuß. Eine Petition betr. den Kanalbau an der Robert Franzstraße, der Klausbrücke usw. wird, nachdem ähnliche Petitionen bereits am 1. April dem Magistrat zur Erwägung überwiesen worden sind, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Weiter ist eine Mitteilung des Magistrats eingegangen, daß er dem Ersuchen der Versammlung wegen anderer Feststellung der Sätze für die Steuererheber nicht beitreten könne; so z. B. halte er eine Erhöhung der Sätze für jede Quittung von 2 auf 2½ Pfg. nicht für annehmbar, weil dann auch die Gebühren für die Erhebung anderer Quittungen erhöht werden müßten. Das aber würde eine Gesamtausgabe von ca. 2500 Mark ergeben. Einen Beschluß faßt die Versammlung nicht zu der Mitteilung, die also als erledigt zu gelten hat.

Punkt 1 betrifft die Wahl eines unbesoldeten Stadtrats. (Ref. Herr Stv. Probst.) Es handelt sich um das Mandat des Herrn Stadtrats Grote. Das Resultat der Zettelwahl ist

Wiederwahl des Stadtrats Grote.

Herr Grote erhielt 29 Stimmen, Herr Springer 2, Herr Herzau 1, Herr Giese 1, Herr Beuche 1; unbeschrieben waren 9 Zettel.

2. Die Vorbereitung zur Wahl eines besoldeten Stadtrats als Nachfolger des Herrn Stadtrats Pusch, der als erster Bürgermeister nach Köslin geht, soll möglichst bald geschehen; die Stelle wird ausgeschrieben. In den Ausschuß zur Vorberatung der Wahl wird noch Herr Stv. Borchert gewählt. (Ref. Herr Vorsteher.)

3. Herr Stv. Borges referiert über

Erneuerungsarbeiten am Stadttheater.

auf Grund folgender Vorlage: Bereits in seiner Vorlage am 24. April 1911 hat der Magistrat hervorgehoben, daß der Zuschauerraum im Stadttheater dringend der Erneuerung bedarf. Bei der am 24. Mai 1911 stattgehabten Besichtigung des Theaters durch die Mitglieder des Bau- und Finanzausschusses ist die Notwendigkeit der Instandsetzung auch anerkannt worden. Gleichwohl konnte die Instandsetzung im vorigen Jahre nicht vorgenommen werden, weil die erforderlichen Mittel nicht bewilligt wurden. Auf Vorschlag der Theaterdeputation soll nun in diesem Jahre über der Decke des Zuschauerraumes eine Doppeldecke hergestellt werden, die einen Kostenaufwand von etwa 1950 Mark verursacht. Um die sonstigen Erneuerungen im Theaterinneren rechtzeitig in Angriff nehmen zu können, ist es notwendig, die Doppeldecke sofort herzustellen. Da der Theaterbetrieb hierdurch nicht beeinträchtigt wird, hat der Magistrat das Hochbauamt beauftragt, die Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen. Unmittelbar nach Schluß der jetzigen Spielzeit soll alsdann die Herstellung des Zuschauerraumes vorgenommen werden und zwar in der Weise, daß der Raum seine jetzige Ausschmückung behält, die Ausschmückung aber in Farben und Vergoldungen erneuert wird. Nach dem Anschlage des Hochbauamtes werden durch die hierdurch bedingten Malerarbeiten etwa 6000 Mark und durch die Erneuerung der Behänge an den Prozeniumslogen etwa 1600 Mark Kosten entstehen.

Der große Kronleuchter soll nicht, wie im vorigen Jahre in Aussicht genommen war, verstärkt und neu bronziert, sondern nur gründlich gereinigt und abgewaschen werden. Die Kosten hierfür betragen etwa 1500 Mark.

Der Magistrat beantragt, zuzustimmen, daß a) die Erneuerungsarbeiten im Stadttheater in der vorgeschlagenen Weise ausgeführt, b) die erforderlichen Mittel im Betrage von 1950 und 6000 und 1600 und 1500 gleich 11 050 Mark dem für Herstellung des Theaterinnern angesammelten Fonds, der z. Z. einen Bestand von 54 000 Mark aufweist, entnommen werden.

Von der im vorigen Jahre vorgeschlagenen Erneuerung des Gestühls kann jetzt abgesehen werden. Das Gestühl soll jetzt nur in seinen Verschraubungen gründlich nachgesehen werden. Der Magistrat hält es ferner für angebracht, alle baulichen und Ausstattungs-Erneuerungen bis zum Dienstantritt des neuen Dezernenten für das Hochbauwesen zurückzuhalten.

Der Referent Herr Stv. Borges befürwortet die Vorlage, nur sei der Ausschuß der Ansicht, daß mit 6000 Mark für Malerarbeiten nichts Brauchbares geschaffen werden könne, und schlägt vor, 10 000 Mark zu bewilligen. Die Submission unter hiesigen Dekorationsmalern habe leider große Unterschiede im Preise ergeben.

Herr Stv. Grecke empfiehlt, die Arbeit zu verschieben, bis ein Wechsel in der Direktion eintritt. Redner meint, gegen den jetzigen Theaterdirektor habe sich große Mißstimmung gehäuft und will dann auf die Aufführung der „Schönen Helena" zu sprechen kommen, wird aber vom Vorsitzenden unterbrochen, da die Sache mit dem Thema nichts zu tun habe.

Herr Stv. Pfautsch bedauert es, daß die Handwerker bei der Submission wieder in ihren Kostenanschlägen soweit auseinandergegangen seien. Im übrigen befürwortet Redner die Vorlage.

Herr Stv. Höschele will nur 6000 Mark bewilligen.

Herr Stv. Osterburg fragt, wie die Untersuchung über die Beschuldigungen des früheren Theatermalers Kammrath gegen den Theater-Maschinenmeister ausgelaufen sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive sagt Auskunft für die geschlossene Sitzung zu.

Die Vorlage wird genehmigt.

4. Die im Jahre 1901 beschafften schmallpurigen Förderzgleise auf dem städtischen Steinlagerplatze an der Freimfelderstraße befinden sich infolge ihres vielen Gebrauchs in sehr schlechter Beschaffenheit. Im Interesse der Betriebssicherheit ist die Beschaffung neuer Gleise dringend nötig. Außerdem müssen die stark ausgefahrenen Lager der vorhandenen Kipp- und Plattformwagen einer gründlichen Reparatur unterzogen werden. Die Kosten der Gleiserneuerung und Reparatur der Wagen sind auf insgesamt 1600 Mark veranschlagt.

Die Vorlage wird angenommen. (Ref. Herren Stv. Höschele und Döhler.)

5. Der Bäckermeister Franz Pabst hier beabsichtigt, auf seinem Grundstück Ecke Richard Wagnerstraße und Wettiner Platz einen Neubau zu errichten. Zur Ermöglichung einer besseren Ausgestaltung der Fassade bittet er, die für das Grundstück festgesetzte Eckverbrechung zu verkleinern. Bedenken im Verkehrsinteresse liegen hiergegen nicht vor. Bei entsprechender Aenderung der Fluchtlinie entfällt eine Parzelle von ca. 4 Quadratmeter Größe aus der Straße zum Grundstück. Der Magistrat bewertet das Land mit 40 Mark pro Quadratmeter. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich mit dem Antrage einverstanden und stimmt dem Verkauf des aus der Straße zum Grundstück entfallenden Landes für den Preis von 40 Mark pro Quadratmeter zu. (Ref. Herr Stv. Gradehand.)

6. Die Aktiengesellschaft für Grundstücks-Verwertung will auf ihrem Grundstück Gr. Steinstraße Nr. 16 einen Neubau errichten. Um eine Verschmälerung der Straße zu verhindern, empfiehlt es sich, bei dieser Gelegenheit die für die Grundstücke Gr. Steinstraße Nr. 15 und 16 jetzt geltende Fluchtlinie zu ändern. Die beteiligten Grundstückseigentümer haben sich mit der Festsetzung der neuen Fluchtlinie einverstanden erklärt. (Der Ref. Herr Stv. Schulze empfiehlt die Vorlage, Herr Stv. Emmer wünscht Ablehnung, weil bei Festsetzung der neuen Fluchtlinie von den Nachbargrundstücken später mal mit großen Kosten Land angekauft werden muß.

Herr Stv. Herzau beantragt Vertagung, um die Meinung der jetzigen Besitzer einzuholen. . Der Antrag Herzau wird nach langer Debatte mit 30 gegen 18 Stimmen angenommen.

7. Zur Erneuerung der Gas- und Wasserleitung in verschiedenen Straßen der Stadt werden die anschlagsmäßigen Kosten von 33 075 Mark aus dem Reservefonds der Gaswerke und 36 260 aus dem Reservefonds der Wasserwerke bewilligt. (Ref. Herren Stvv. Emmer und Döhler.)

(Fortsetzung folgt.)

Trauerfeier für Professor Seeligmüller.

„Leben wir, so leben wir dem Herrn, sterben wir, so sterben wir dem Herrn. Darum wir leben oder sterben, so sind wir des Herrn." Diese Worte des Apostels Paulus legte Herr Pastor Koschade seiner Gedächtnisrede bei der gestrigen Trauerfeier für den berühmten Arzt und Dozenten zugrunde. Er führte aus, wie der Verstorbene in seinem so arbeitreichen 76jährigen Leben stets Religion und Wissenschaft vereinigt habe, wie er stets mit großer Liebe an seiner Familie gehangen. Seine Kranken blickten zu ihm mit dankbarer Verehrung auf. Denn Prof. Seeligmüller machte keinen Unterschied zwischen arm und reich. Als seine höchste Mission betrachtete er es, den Hilfsbedürftigen Linderung zu bringen. Bis zuletzt raffte er sich mit großer Energie auf, um im Sprechzimmer zu erscheinen, und noch am Morgen seines Todestages diktierte er seiner Tochter Briefe an seine Kranken. Der warme Nachruf, den Herr Pastor Koschade dem Entschlafenen widmete, machte großen Eindruck.

Dank des Ansehens und der Beliebtheit, die Herr Professor Seeligmüller im Kreise seiner Kollegen und seiner Hörer genossen hat, gestaltete sich die Trauerfeier in der Magdalenenkapelle sehr imposant. Fast der gesamte Lehrkörper unserer Universität und die Behörden waren vertreten. Unter ihnen bemerkte man die Herren Universitätskurator Geheimrat Meyer, Universitätsrektor Geheimrat Veit, Geheimrat Prof. von Bramann, der Direktor der hiesigen Nervenklinik Geheimrat Anton, Geheimrat Wangerin, Geheimen Konsistorialräte Drews, Loofs und Hering, Geh. Regierungsrat Uphues, Sanitätsrat Graefe, Justizrat Elze, Prof. Riehm, die Pastoren Meinhof, Grüneisen u. a. Ebenso hatten sich die Vertreter der studentischen Korporationen eingefunden, um dem beliebten und allseitig verehrten Lehrer die letzte Ehre zu erweisen. Nach Herrn Pastor Koschade trat Herr

Geheimrat Anton

an den blumengeschmückten Sarg, um dem verstorbenen Kollegen folgenden herzlichen Nachruf zu widmen.

Verehrter Freund! Hochgeschätzter Arbeitsgenosse!

Du hast die irdische Daseinsform beendet, und mit bitterem Weh im Herzen führen wir Dich zur dauernden Ruhe. Du hast als Arbeitsnatur den Lebenswert erfaßt, und Deine Arbeit wird weiter bestehen im nationalen Aufbau der Wissenschaft.

Seeligmüller war ein geborener Arzt. Sein natürliches Talent hat er durch Ausdauer aktuell gemacht und durch Kenntnisse für die Welt brauchbar gestaltet. Die Gabe der Einfühlung war ihm in hohem Maße eigen für Trost der Kranken, aber auch für Erkenntnis der Erkrankungen.

Er war kein wissenschaftlicher Zwischenhändler. Seine Werke haben den Quellgeschmack des Selbstgedachten. Auf dem schwierigen Gebiete der Rückenmarkskrankheiten war er einer der ersten. Auch die Methode der seelischen Behandlung hat er aus arger Verirrung in das kritisch wissenschaftliche Geleise zu bringen geholfen. Als ausgezeichneter Kenner der Unfallserkrankungen war er ehrlich bestrebt, daß die wohltätige Gesetzgebung nicht durch Verweichlichung oder Ausbeutung die Wertschätzung verliere.

Trotz seines regsamen Wirklichkeitssinnes war er eine künstlerisch angelegte Natur. Die Poesie war trotz des harten Lebenskampfes eine Grundwelle in seinem Leben. Mit richtiger Fühlung hat er die Warnung Goethes erfüllt, welcher warnt: Man will Wahrheit, man will Wirklichkeit und verdirbt alle Poesie. In Seeligmüllers Schriften sehen wir Wahrhaftigkeit und Kritik vereinbar mit Künstlerpuls und menschlicher Einfühlung. Sein Leben war ein Gedicht der Arbeit.

Als schon Silberhaar seinen Scheitel deckte, hat das Alter ihn nicht stereotyp gemacht, und eine regsame Empfänglichkeit blieb ihm erhalten. Er war eben nicht nur als Mensch, sondern als Mitmensch voll ausgestaltet und empfand es, daß in der Freundschaft eine lebenslange Jugend sich aufspeichert.

Demgemäß zeichnete ihn ein tiefes religiöses Empfinden aus, nicht mystische Extasen, ohne Beziehungen zur wirklichen Lebensrichtung, wie es dem Deutschen so wenig arteigen ist, sondern ein fester, überzeugter Glaube an die Weisheit und Zweckmäßigkeit der Weltenlenkung hat ihn beseelt. Seine Gedanken über das Jenseits haben rückstrahlend sein Erdenleben verschönt und seine Lebenstätigkeit gerichtet.

Als Lehrer brachte er nicht nur Angelesenes, sondern Selbsterlebtes. Bezüglich seiner Schüler traf das Dichterwort zu: Man lernt am besten von dem, den man liebt. So hat er durch Fleiß und Erfahrung, aber auch durch seine ausgezeichnete Persönlichkeit mitgeholfen, die hohen Aufgaben der Universität zu verwirklichen.

Er wird allen Kollegen als respektabler Fachmann und Lehrer dauernd in pietätvoller Erinnerung bleiben.

Hohes und Edles hat er erstrebt,
also nicht vergeblich gelebt.

Ein weihevoller Chorgesang mit Orgelbegleitung schloß die würdige Feier.

Selbstmord.

Der Wagenwärter Max D. hier erhängte sich im Bremshaus eines Eisenbahnwagens. Erst als der Zug in Lichtenberg bei Berlin anfam wurde der Tote aufgefunden.

Von der Universität. Dem Privatdozenten der medizinischen Fakultät der hiesigen Universität, Herrn Dr. Baumgarten, ist das Prädikat Professor beigelegt worden.

Herr Dr. med. Kurt Hartmann zu Eski Schehir (asiatische Türkei), der Arzt des deutschen Bagdad-Komitees und konsultierender Arzt der Anatolischen Eisenbahn, wurde zum Oberarzt beim Bau der Bagdadbahn ernannt. Dr. Hartmann, der sein Amt bereits angetreten hat, ist ein Sohn unserer Stadt; er besuchte hier das Stadtgymnasium und die Universität und war zuletzt Assistent am Anatomischen Institut. (Dr. Hartmanns Gemahlin ist die frühere, hier noch im besten Andenken stehende Schauspielerin Susanne Kornow.)

Jubiläum. Heute feiert der Küster der Petruskirche, Herr Burkart, seinen 80. Geburtstag. Aus diesem Anlaß wurde dem treuen, dienstbeflissenen und freundlichen Manne ein von seinen Freunden und Gönnern namentlich in der Petrusgemeinde gesammeltes Geldgeschenk überreichen. Auch sonst wurde ihm manches Zeichen der Anerkennung und Verehrung zuteil.

Letzte Nachrichten.

Das Ende der marokkanischen Unruhen.

Tanger, 22. April. Meldungen aus Fez berichten, daß die französischen Behörden bereits Maßregelungen vorgenommen haben. Verschiedene Beamte sind ihres Amtes entsetzt worden. Mehrere benachbarte Stämme, die herbeigeeilt waren, um sich an der Plünderung der Stadt zu beteiligen, konnten zurückgeschlagen werden. Die französische Regierung gibt bekannt, daß sie keineswegs Befehle erlassen habe, um den drahtlosen Telegraphendienst für Private zu sperren. Die Störung sei darauf zurückzuführen, daß vier Telegraphisten bei den Unruhen umgekommen sind und daß außerdem die amtlichen Telegramme sich infolge des Aufruhrs sehr gehäuft hatten. Nach den letzten Nachrichten aus Fez ist die Ruhe nun vollständig wieder hergestellt. Während des Aufruhrs haben die Franzosen an Toten 14 Offiziere und 44 Mann gehabt. Die Zahl der Verwundeten beträgt 4 Offiziere und 70 Mann. Außerdem sind 13 Zivilpersonen, sämtlich Franzosen, getötet worden.

Heldentod einer Mutter.

Stuttgart, 22. April. Gestern vormittag brannte das Anwesen des Käsereibesitzers Ott vollständig nieder. Im Hause befand sich die 67 Jahre alte Mutter des Besitzers und vier Kinder. Drei Kinder wurden aus den Flammen herausgeholt. Die Mutter, die sich an den Rettungsarbeiten beteiligte, wollte noch das fünf Jahre alte Kind herausholen. Sie fand aber mit dem Kinde den Tod in den Flammen. Der Besitzer des Anwesens ist wegen Verdachts der Brandstiftung verhaftet worden.

Italienische Kriegsschiffe in Saloniki.

Saloniki, 22. April. Da italienische Kriegsschiffe gestern in den Gewässern von Saloniki und Smyrna gesichtet worden sind, sind hier sämtliche amtliche Archive in Sicherheit gebracht worden. Alle Reserven des Vilajets wurden einberufen und sind nach exponierten Ortschaften abgegangen.

Ballonunglück.

Magdeburg, 22. April. In der Nähe des anhaltischen Dorfes Drohndorf im Kreise Bernburg stürzte heute in den Mittagsstunden ein Ballon aus ungefähr 100 Meter Höhe infolge Explosion ab. Bisher konnte man weder den Namen noch den Auftiegsort feststellen, da die drei Insassen zunächst nicht vernehmungsfähig sind und in das Krankenhaus nach Gattersleben gebracht werden mußten.

Tausend marokkanische Juden getötet.

§ Paris, 22. April.

Nach einer Havas-Meldung aus Tanger sind bei der Plünderung des Judenkirchhofes in Fez etwa tausend Juden getötet worden. Die Zahl der verwundeten Juden sei sehr beträchtlich und das Elend unter diesen sehr groß.

Nach einer früheren Meldung sollte es sich nur um hundert Tote handeln.

Ein Automobilunglück.

Laibach, 22. April. Bei der Rückkehr von einem Ausflug stieß in vergangener Nacht das Automobil des Kaufmanns Cermak so heftig mit einem unbeleuchteten Bauernwagen zusammen, daß dieser vollständig zertrümmert wurde. Die Insassen des Autos, drei Herren und zwei Damen, wurden aus dem Auto geschleudert. Hierbei wurde ein 15jähriges Mädchen sofort getötet, zwei Herren schwer und der Lenker des Autos leichter verletzt.

Vermischte Drahtnachrichten.

London, 22. April. Die Subskription für die Hinterbliebenen der „Titanic" erreichte 128 000 Pfund = 2 560 000 Mark.

Rom, 22. April. Sämtliche 19 Provinzen Italiens haben beschlossen, dem Staat je ein Lenkluftschiff nebst Halle zu schenken.

Triest, 22. April. Der Großkaufmann Julius Levy wurde beim Betreten seines Ladens von zwei Burschen, welche dort einen Einbruch verübt hatten, überfallen und tödlich verletzt. Den Einbrechern gelang es zu entfliehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120423017/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital: 160 Millionen Mark. — Reserven: 32 Millionen Mark.
Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklassigen Wertpapieren.

Provinzialnachrichten.

(—) **Naumburg**, 22. April. (Der älteste aktive Rechtsanwalt.) Der älteste Rechtsanwalt im Deutschen Reich, Geh. Justizrat Kortum, der noch heute am Oberlandesgericht praktiziert, feierte sein 60jähriges Jubiläum als Rechtsanwalt. Der König verlieh ihm aus Anlaß dieser Feier den Roten Adlerorden dritter Klasse mit Schleife.

Wittenberg, 21. April. (Selbstmord.) Vor Weihnachten v. J. verschwand auf dem hiesigen Bahnpostamt ein Geldbrief mit 1870 Mark Inhalt. Sich diesen angeeignet zu haben, gerlet der Ende der 40er Jahre stehende Oberpostschaffner Gliesche in Verdacht. Der Verdacht wurde dadurch bestärkt, weil Gl. einer Frau reichliche Geschenke gemacht haben sollte. G. wurde wiederholt scharf ins Verhör genommen, wobei er stets seine Unschuld beteuerte. Heute früh begab sich G. nach der Wohnung der von ihm bevorzugten ebenfalls verheirateten Frau und suchte sie zu erwürgen. Auf die Hilferufe der Bedrängten eilten Hausbewohner herbei und entrissen die Frau den Händen des Mannes und schlossen diesen selbst ein. Kaum war dies geschehen, so verriegelte G die Wohnungstür von innen, trank aus einer Kognakflasche sich Mut an und erhängte sich. Als die Wohnung gewaltsam geöffnet und der Selbstmörder von der Schlinge gelöst wurde, war das Leben bereits entflohen. In einem neben dem Toten liegenden Notizbuch hatte dieser noch folgende Worte eingeschrieben: „Infolge der gegen mich anhängig gemachten Untersuchung kann ich nicht anders, als auf diese Weise der Verfolgung zu entgehen."

Halberstadt, 20. April. (Zu dem Pistolenduell,) über das wir schon berichteten, wird uns noch mitgeteilt: Dem schwer verwundeten Leutnant v. Heeringen, einem Neffen des Kriegsministers, geht es den Umständen nach wohl. Er ist fieberfrei und sein Vater, der an des Sohnes Krankenbett weilt, kann ihm die Zeitungen bringen, in denen dann der Leutnant von seinem Tode lesen kann. Der Schuß, der ihn im vierten Kugelwechsel traf, war an der Uhr abgeprallt und hatte die Blase und den Darm getroffen. Die Blase ist zweimal, der Darm dreimal genäht worden. v. Puttlamer ist an der rechten Hand leicht verletzt worden. Der behandelnde Arzt hofft den schwerverwundeten v. Heeringen am Leben erhalten zu können.

Hoppenstedt, 20. April. (Versuchter Mord.) Das Dienstmädchen Lochen von hier, das bei dem Gastwirt und Kaufmann Opermann in Baddeckenstedt in Dienst stand, hat dreimal versucht, ihre Dienstherrschaft und ein anderes bei O. beschäftigtes junges Mädchen durch Zuckersäure zu vergiften, die sie dem Kaffee beimischte. Da sie dem Kaffee eine stärkere Menge als bisher beigab, wurde der Kaffe ungenießbar und ihr unseliges Vorhaben wurde entdeckt. Bei einer polizeilichen Vernehmung hat sie die Tat eingestanden.

Rudolstadt, 20. April. (Ein Opfer der „Titanic".) Heute früh traf hier die Nachricht ein, daß Herr Strauß, der Gründer und Mitinhaber der Porzellanfabrik von Strauß u. Sohn, mit dem Dampfer „Titanic" untergegangen ist. Auch seine Frau ist ertrunken. Die Firma besitzt auch in England und Amerika Fabriken, und der Ertrunkene, der zu den bekanntesten Führern der thüringischen Porzellanindustrie gehörte und mehrfacher Millionär war, befand sich auf einer Geschäftsreise. Aus Anlaß der Trauernachricht schloß die Fabrik, die Strauß im Jahre 1882 mit gegründet hatte, für heute ihren Betrieb.

Vermischtes.

Die Rettungsversuche im Zwischendeck der „Titanic".

Thomas McCormick, ein junger Irländer, sagte aus, er sei, als die „Titanic" sank, in das Meer gesprungen. Als er schwimmend ein Rettungsboot erreichte, habe ihn die Besatzung zurückgestoßen. Ebenso sei es ihm bei einem zweiten Boot ergangen. Bis ihn endlich zwei irische Mädchen an Bord gezogen hätten. Andere Interviews mit Zwischendeckern betonen, daß man viel später an die Rettung der Zwischendeckpassagiere gedacht habe, als an die der Kajütenpassagiere, denn es war schon ein halbes Dutzend Boote von den oberen Decks ins Wasser gelassen, und im Zwischendeck war noch nichts geschehen. Als die letzten Boote vom Schiff abstießen, standen Hunderte von Männern, Frauen und Kindern jammernd, fluchend, weinend und betend am Geländer der unteren Decks. Nur wenige waren mit einem Rettungsgürtel versehen, anscheinend weil nicht genug vorhanden waren. Ein Matrose erklärt, er habe gesehen, wie sich zehn Zwischendeckpassagiere auf ein mit Frauen gefülltes Boot gestürzt hätten. Ein Offizier habe sie zurückgehalten. Als sie nicht gehorcht hätten, seien Revolverschüsse gefallen und sechs Zwischendecker seien zusammengebrochen. Verschiedene Männer seien in die Rettungsboote kurz vor der Niederlassung hineingesprungen. Einige Offiziere, die sie herauszuziehen wollten, seien von ihnen ins Wasser geworfen worden. —

„Daily Telegraph" meldet aus Newyork vom 21. April: Ein Heizer, der mit dem Kapitän Smith im Augenblick des Untergangs des Schiffes auf dem Brückendeck war, berichtet: Als das letzte Boot flottgemacht wurde, brach das Wasser über die Brücke. Der Kapitän, der schon bis an die Knie im Wasser stand, rief: „Jungen, ihr habt eure Pflicht getan, ich verlange nichts mehr von euch. Ihr kennt das Gesetz der See, jedermann steht jetzt für sich selbst. Gott segne euch." Dann nahm er ein weinendes Kind, das auf der Brücke neben ihm stand, auf den Arm und sprang hinab. Ein geretteter Engländer bestätigt die Aussage des Heizers. Er sagte, er habe den Kapitän mit einem Kinde unter dem Arm schwimmen sehen. Kapitän Smith habe das Kind in ein Boot gebracht, sich aber geweigert, selbst in das Boot zu gehen.

Die Bombe im Theater.

In Sevillaer Stadttheater wurde am Sonnabend abend von einem Individuum unter das Publikum des ersten Ranges eine Bombe geschleudert, die mit lautem Knall explodierte. Der der Explosionsstelle zunächst Sitzende wurde sofort getötet, während 20 Theaterbesucher schwer verletzt wurden. Es entstand unter den übrigen Theaterbesuchern natürlich sofort eine ungeheure Panik, und alle stürmten in wilder Hast den Ausgängen zu, wobei noch zahlreiche Personen im Gedränge ohnmächtig wurden und mehrere so schwere Quetschungen erlitten, daß sie, ebenso wie die zwanzig Schwerverletzten, in die Hospitäler geschafft werden mußten. Der Bombenwerfer, der sich als Anarchist entpuppte, wurde verhaftet.

Eine Bestie in Menschengestalt. In dem Dorfe Chatelet bei Antun stieg am Sonntag nachmittag ein Schmied und bekannter Wilddieb Laumain bei dem Gastwirt Dutheil ab, dem er eine frühere Strafanzeige wegen verbotenen Fischens nachtrug, ließ sich zu essen vorsetzen, zog dann nach Beendigung der Mahlzeit zwei kurz vorher in der nahen Stadt gekaufte Revolver hervor, schlug sie auf den Wirt und einen anderen anwesenden Gast Duvernois an und fragte scheinbar scherzhaft: „Wie wäre es, wenn ich Sie totschießen würde? Würden Sie Angst haben?" „Nicht im geringsten", erwiderte der Wirt lächelnd. In demselben Augenblick feuerte Laumain mehrere Schüsse ab, die Duvernois auf der Stelle töteten und Dutheil so schwer verwundeten, daß er kurz nachher seinen Geist aufgab. Die Schüsse riefen aus dem Nachbarzimmer die Frau und den Sohn des Wirtes herbei. Der Mörder erschoß die Frau und verwundete den Sohn, der sich indes mit durchschossenem rechten Arm durch die Flucht weiteren Angriffen entziehen konnte. Nachdem er so seine drei Morde begangen, entfernte sich der Unhold und ist laut „V. Ztg." trotz sofort eingeleiteter Verfolgung bisher noch nicht festgestellt.

Gerammt. Das deutsche Segelschiff „Elsabe" ist in der Elbmündung von einem noch unbekannten Dampfer in Grund gerannt worden. Die Mannschaft wurde nach dem vierten Elbefeuerschiff gerettet.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle Ilmenau. Montag, den 22. April, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Der Hochdruck hat sich beinahe im ganzen Norden ausgebreitet, das Tief über dem Mittelmeer zeigt Zunahme.

Witterungsaussicht für den 23. April:

Fortdauer des ruhigen, trockenen, teilweise heiteren und mäßig warmen Wetters.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

24. April: Wärmer, wollig, strichweise Gewitterregen.
25. April: Veränderlich, normale Winde, windig.
26. April: Abwechselnd, lebhafte Winde, ziemlich warm.
27. April: Veränderlich, kühler Wind.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 198,62, Diskonto 183,62, Deutsche Bank 255,25, Berliner Handelsgesellschaft 166,50, Dresdner Bank 152,75, Commerz- u. Discontobank 113,25, Russische Anleihe von 1902 90, Türkenlose 169,75, Lombarden 17, Canada 250,37, Baltimore 108,12, Laurahütte 178,12, Bochumer Guss 228,75, Gelsenkirchen 197,12, Harpener 197,12, Deutsch-Luxemburg 183,37, Phönix 262, A. E.-G. 263,75, Siemens & Halske 241,75, Hamburger Paketfahrt 140,62, Nordd. Lloyd 110,25, Dr. Berl. Strassenbahn 186,37, Aumetz—Friede 194,50, Hansa 240,37. Tendenz: Unentschieden.

Am Kassamarkt notierten höher: Deutsche Bierbr. 5, Deutsche Erdölges. 3, Excelsior Fahrrad 7, Pauckscb Masch. Vorz. 5,25, Riedel 16, Deutsche Waffenfabr. 7,75, Müller Speisefett 3, Kahla Porzellan 3,50, Bremer Wolle 8, Lindener Weberei 3, Vogt & Wolff 3,75 Proz.; niedriger: Julius Berger 3, Terrain Nordost 3, Schlossbrauerei Schöneberg 2,50, Adler Fahrrad 3,30, Baer & Stein 3,25, Hugo Schneider 5, Stettiner Vulkan 4, Voigtländ. Tüll 4, Donnersmarckhütte 3, Thale Aktien 3, Königsborn 5, Wittener Stahlröhren 3, Fraustädter Zucker 3, Fränk. Schuhfabr. 3 Proz.

Zum Kurszettel. Berlin, 22. April. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 100,20B 4% Bayrische Staats-Anl. 100,2G, 4% Bayrische Staats-Anleihe 06 unk. 1918 100,75b. 4% Schwarzburg-Sondershausen —,—.— 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-82 —.— 3% Kamerun-Eisenbahn-Anteile 96,50b 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. ger. 92,50b 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 —,—.— 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1900 unk. 16 99,3 G. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1906 —.— 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 99,50G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 —.— 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —.— 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1906 unkv. 1919 99,50b. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1918 —.— 4% Thorner Stadt-Anl. 1900 unk. 19 99,25B. 4proz. russische Komm.-Obl. X-XII —.—.— 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. 84,50G. 4½% Deutsche Solvey-Werke —.—.— 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 103,25bB. Fichter & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 100,50G. Vereinigte Lausitzer Glashütten 388,50bG.

Londoner Börse vom 22. April. Es notierten: Engl. Konsols 78,12, Rio Tinto 77,12, Geduld 1,15, Goldfields 4,40, Steel com. 7,7/8, Steel prefs. 115,3/8, Rand Mines 6,3/8, Anaconde 8,6/8, Eastrand 3,3/4, Charterred 1,4/8, Aurora West 0,5/8, Cinderella Deep. 1,3/4, Johannesburg Goldfields 0,3/4, Van Ryn 3,5/8, Albus (Generals) 1,6/8 Rand Collieries 0,5/8, West Rand Consols 12/8, General Mining & Fin. 1,6/8, A. Görz & Co. 5/8. Modderfontain 11,12.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 22. April.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Adolfsglück-Aktien	65	65	Johannashall	5060	5150
Alexanderhall	10,900	11,150	Justus-Aktien	102	104
Beienrode	6700	6850	Kaiserode	10100	10500
Bismarckshall-Akt.	104	107	Krügershall - Aktien	130½	131½
Burbach	14700	14900	Ludwigshall - Aktien	71	72
Carlshund	6600	6650	Neusollstedt	4450	4550
Deutsche Kali-Akt.	—	—	Neustassfurt	11600	12100
Friedrichshall-Akt.	134	135	Nordhäuser Kali-A.	121	123
Glückauf - Sondersh.	20700	21300	Prinz Adalbert-Akt.	68½	69½
Grossherz. v. Sachsen	9300	9450	Reichskrone (Lossa)	474	524
Günthershall	5250	5350	Richard	275	325
Hannov. Kali-Aktien	79	81	Ronnenberg - Aktien	123	124
Hansa Silberberg	7400	7500	Rothenberg	3100	3150
Hactorf-Aktien	131.00	132,00	Sachsen-Weimar	7900	8000
Heiligenroda	9200	9300	Salzdetfurth-Aktien	327	330
Heldburg-Aktien	69½	70	Salzmünde	6750	6850
Heldrungen I	1340	1375	Siegfried I	6400	6550
dertngen	6600	6700	Siegmundshall-Akt.	184	187
Hermann II	2150	2225	Teutonia-Aktien	92	94
Hohenfels	7400	7650	Walbeck	5350	5500
Hohenzollern	7450	7600	Wilhelmshall	10900	11100
Hugo	18500	19000	Wintershall	18300	18900
Immenrode	4900	5100			

Die erste Preisermässigung für Jutefabrikate.

Der Verband deutscher Jute-Industrieller ermässigte die Preise für beide Hessians um je Fünfzehntel Pfennig, alle übrigen Gewebe um Siebenzehntel Pfennig. Die Preise für alle Garne werden um 1½ Mk. herabgesetzt.

Die letzte Preisänderung erfolgte Mitte März; es war eine Preiserhöhung, die über die jetzt beschlossene Ermässigung noch hinausging. Der Rückgang der Jutenotierungen an den englischen Märkten setzte etwa Anfang dieses Monats ein; er beträgt jetzt rund 1½ £.

Kaligewerkschaft Beienrode. Der Nettoüberschuss im ersten Quartal betrug 418 490 (422 232) Mk. Als Ausbeute gelangen wieder 125 Mk. pro Kux zur Verteilung.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 22. April. Am Frühmarkt sortierten Weizen inländ. 229,00—230,00 ab Bahn und frei Mühle, Roggen inländ. 165,00—169,50 ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussisch., posenscher und schlesischer fein 214—218, mittel 210—213, gering 206—209, russisch. und Donau mittel 209—212, gering 205—208 ab Bahn und frei Wagen. Mais amerikanischer mixed. 196—193, abfallender — —, runder —,—.— frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 194,00—198,00, gute 199—210, russische und Donau leichte 192,00—196,00, schwere 197—201 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische und ausländische Futterware mittel 181—188, Taubenerbsen 189—200 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 26,50 bis 29,50. Roggenmehl und 1 22,70—24,80. Weizenkleie 14,50—15,00. Roggenkleie 14,50—15,00.

Hamburg, 22. April. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Ostholst, Mecklbg. 234—237. Roggen fest, Mecklbg. und Pomm., 198—200, Gerste fest, südruss. 183—184. Hafer fest, Holsteiner. — — Mecklenburger — — —, neuer Holsteiner und Mecklenburger 210 bis 217. Mais fest. La Plata 150—152, mixed 152—154, mixed loco 152—154.

Antwerpen, 22. April. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per April 5,25½, Juni 5,55, Aug. 5,52½, Okt. 5,50, Dez. 5,45 Fr. Umsatz: 60,000 kg. Stetig.

Pest, 22. April. Weizen per April 11,96 G., 11,97 B., Mai 11,83 G., 11,84 B. Roggen per April —.— G., —.— B. Hafer per April —.— G., —.— B. Mais per Mai 9,34 G., 9,35 B., per Juli 9,23 G., 9,26 B., per Aug. 9,26 G., 9,27 B. Raps Aug. 16,75 G., 18,85 B.

Liverpool, 22. April. Roter Winterweizen per Mai 8,11½, per Juli 7,11½. Stetig. Mais, Mai 6,7/16. La Plata Juli 5,5½. Ruhig.

Zucker.

Hamburg, 22. April. Rübenrohzucker, I. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per April	13,50	13,75	13,80 M.
„ Mai	13,72½	13,62½	13,85 „
„ Juni	13,82½	14,05	13,9 11½ „
„ August	14,05	14,27½	14,22½ „
„ Okt.-Dez.	11,52½	11,50	11,50 „
„ Jan.-März	11,37½	—,—	11,55 „
	matt	stetig	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 22. April. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per Mai	63 G.	67½ G.	67½ G.
„ September	69 G.	65½ G.	68½ G.
„ Dezember	65½ G.	68 G.	69 G.
„ März	68½ G.	67½ G.	67½ G.
	stetig	behauptet	behauptet

Havre, 22. April. Kaffee good average Santos per Mai 84½, per Sept. 84½, per Dez. 84, per März 83½. Stetig.

Rio de Janeiro 22. April. Kaffee-Zufuhren 3,000 Sack in Rio 12,000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Magdeburg, 22. April. Prima Kartoffelstärke und -Mehl frei 100 kg 33,00—33,50. Stetig.

Berlin, 22. April. Kartoffelmehl und -Stärke 32,75. Feuchtes Kartoffelmehl —.—.

Spiritus.

Nordhausen, 22. April. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 86,50—87,50 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 97,00—98,00 Mark per April 1912 ohne Fass ab Brennerei.

Wolle.

Bremen, 22. April. Baumwolle fest. Upl. loko middl. 60,25.

Liverpool, 22. April. Baumwolle. Umsatz 8 000 Ballen, Import 9000 Ballen, davon Amerikaner — Ballen.

Liverpool, 22. April. Aegyptische Baumwolle per Mai 9,27.

Alexandria, 22. April. Aegyptische Baumwolle per Mai 18,09. Juli 18,07, Nov. 18,06.

Metalle.

London, 22. April. Chili-Kupfer kstetig 69½, Mon. 70½, Zinn Straits stramm 202½, 3 Mon. 199½, Blei span., fest 16½, engl. 16½. Zink, gewöhnl. Marke, ruhig 25½, spez. Marke 26½.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	22.4.	20.4.	Chicago.	22.4.	20.4.
Weizen p. Mai	122½	122½	Weizen p. Mai	114⅝	115
„ „ Juli	115½	114⅝	„ „ Juli	110	109¼
Mais prompt	84¾	85	Mais p. Mai	72½	73⅛
„ p. Mai	—	—	„ „ Juli	76⅛	76⅝
Mehl Spring clears	4,35	4,35	Hafer p. Mai	37½	—
Kaffee Fair Rio Nr. 7	14⅝	14⅝	„ „ Juli	54½	54½
„ p. April	13,62	13,65	Roggen prompt	96½	96½
„ p. Mai	13,67	13,70	Schmals p. Juli	10,22½	10,15
Petroleum in Cases	10,35	10,35	„ „ Mai	10,47½	10,37½
do. in New York	8,45	8,45			
do. in Philadelphia	8,45	8,45			

Tendenz: Weizen stetig. Mais stetig.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.			Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	21. April	+0,45	—	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,06	6	—
„ Unterpegel	„	+1,44	—	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+3,42	—	2
„ Unterpegel	„	+0,30	4	—
Trotha	21.	+1,72	22	10	—
Alsleben, Oberpegel	21.	+2,40	22.	+2,37	3	—
„ Unterpegel	„	+1,36	„	+1,24	6	—
Bernburg	„	+0,85	„	+0,79	7	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,50	„	+1,45	5	—
„ Unterpegel	„	+0,46	„	+0,40	6	—

Ilser. Eger. Elbe. Moldau							
	April	Fall	Wuchs		April	Fall	Wuchs
Jungbunzl.	21.	+0,07	7	—	Wittenberg	22.	+2,09	13	—
Laun	„	+0,04	6	—	Rosslau	„	+1,39	7	—
Budweis	„	−0,05	3	—	Barby	„	+1,53	9	—
Prag	„			—	Schönebeck	„	+1,48	8	—
Pardubitz	„	−0,31	1	—	Magdeburg	„	+1,38	2	—
Brandeis	„	+0,41	3	—	Tangermde.	„	+2,13	6	—
Melnik	„	+0,46	—	—	Wittenberge	„	+1,62	3	—
Leitmeritz	22.	0,04	7	—	Dömitz	21.	+1,62	3	—
Aussig	„	+0,24	5	—	Boizenburg	„	+1,30	6	—
Dresden	„	−1,50	4	—	Hohnstorf	22.	+1,55	2	—
Torgau	„	+0,92	10	—	Lauenburg	„	+1,50	4	—

Aussig, 22. April. Pegelstand plus 24 cm. Vom Oberlauf werden 12 cm Fall gemeldet.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Fenchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth.
Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120423017/fragment/page=0005

Berliner Börse, 22. April 1912

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120423017/fragment/page=0006